

PAZIFIK GESAMT

38. PIF-Gipfeltreffen

Tonga: Vom 16. bis zum 17. Oktober trafen sich die Regierungschefs der 16 Mitgliedsländer des „Pacific Islands Forum“ (PIF) zu ihrem 38. Gipfeltreffen in der tonganischen Hauptstadt Nuku'alofa. Das Treffen wurde von dem tonganischen König George Tupou V eröffnet, den Eingangsvortrag hielt der 51-jährige papua-neuguineische Premierminister Sir Michael Somare, der scheidende Vorsitzende des Forums. Er beschwor den „Geist unserer pazifischen Familie“ hervor und betonte, wie wichtig die Unterstützung der Forumsländer sei, die sich in politischen Schwierigkeiten befänden. Namentlich nannte Somare Fidschi, das nach dem Putsch vom 5. Dezember 2006 (immerhin der vierte Putsch in 20 Jahren!) immer noch keine demokratisch gewählte Regierung hat, sondern von dem Militärkommandanten Frank Bainimarama als Interims-Premierminister regiert wird.

Der für die nächsten zwölf Monate amtierende neue Vorsitzende des Forums, der tonganische Premierminister Dr. Feleti Sevele, betonte in seiner Antrittsrede, dass einige „schwierige Aspekte“ innerhalb der regionalen pazifischen Organisationen noch der Klärung bedürften. Er sagte, dass etliche der im „Pacific Plan“ formulierten Ziele nur langfristig erreicht werden könnten.

Den so genannten „Pacific Plan“ hatten die Regierungschefs bei ihrem Gipfeltreffen 2005 verabschiedet. Kurz gesagt besagt dieser Plan, dass sich verstärkt regionale Organisationen innerhalb der Forums-Mitgliedsstaaten um die Entwicklung in den Bereichen Wirtschaftswachstum, nachhaltige Entwicklung und gute Regierungsfüh-

rung bemühen sollen. Die Pläne zur Reform der insgesamt elf im Pazifik ansässigen regionalen Organisationen fasste man prägnant zusammen mit dem Begriff „The Pacific Plan“. Er sieht vor, dass die regionalen Organisationen entlang der drei Arbeitsbereiche Politik, Technik und Bildung zusammengefasst und umstrukturiert werden.

Nach einer eintägigen Klausur in Vava'u verabschiedeten die Regierungschefs ein 33 Punkte umfassendes Kommuniqué. Ausführlich nehmen sie darin Stellung zur Situation in Fidschi. So loben sie Bainimaramas Ankündigung, im ersten Quartal 2009 freie Wahlen abzuhalten und gewähren ihm Unterstützung in Form einer aus vier Personen bestehenden Arbeitsgruppe, die den Weg für demokratische Wahlen auf Fidschi ebnen soll.

Weiterer Schwerpunkt des Kommuniqués ist die Situation auf den Salomonen. Das PIF setzt sich vehement für den fortwährenden Einsatz der unter australischer Führung stehenden „Regional Assistance Mission to the Solomon Islands“ (RAMSI) ein. RAMSI sei ein herausragendes Beispiel für die überregionale Zusammenarbeit der Forumsländer bei Problemen eines Mitgliedslandes, heißt es in dem Dokument.

Das Kommuniqué listet die Meinung der Regierungschefs zu allen wichtigen „pazifischen“ Themen wie Fischereirechte, Energie, Transport, Handel und Klimawandel auf. Den Klimawandel beschreiben die Regierungschefs zum Beispiel als ernste Gefahr für das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Wohlergehen der Pazifikinsulaner. Sie benennen explizit die große Gefahr des ansteigenden Meeresspiegels für die niedrig gelegenen Atolle und kündigen an, sich beim Weltklimagipfel Anfang Dezember 2007 auf Bali besonders einbringen zu wollen.

Auf Antrag der neuseeländischen Premierministerin Helen Clark gibt es in dem Dokument auch einen Passus zur Westpapua-Frage. So wird das geplante Treffen von Sir Michael Somare mit dem indonesischen Präsidenten Susilo Bambang Yudhoyono Anfang des nächsten Jahres voll unterstützt und Somare wird gebeten, die Meinung der Forumsländer zu Westpapua mit Yudhoyono zu diskutieren. Das Forum überlegt schon seit längerem, Westpapua Beobachterstatus zu gewähren.

Neben dem alljährlich vorgelegten offiziellen „Forum Communiqué“ verabschiedeten die Forumsländer auch eine eigene Erklärung zu einem aktuellen Thema. In der „Vava'u Declaration on Pacific Fisheries Resources“ mit dem Titel „Our Fish, our Future“ betonen die Unterzeichner die Bedeutung der Meeresressourcen und des Fischfangs für die Pazifikinsulaner. In einer Art von Verpflichtungserklärung geloben die Forumsländer die nachhaltige Bewirtschaftung der Fischbestände; die Entwicklung des Thunfischfangs durch einheimische pazifische Unternehmen, die Wert darauf legen, die gefährdeten Arten nicht zu überfischen; sowie die Weiterentwicklung des küstennahen Fischfangs und den Aufbau von Aquakulturen zur Ernährungssicherung.

Info: Das „Pacific Islands Forum“ (bis 2000: „South Pacific Forum“) wurde 1971 als zwischenstaatliche Organisation gegründet, um die Zusammenarbeit zwischen den unabhängigen pazifischen Staaten zu fördern. Das Forum hat 16 Mitgliedsländer, darunter Australien und Neuseeland. Assoziierte Mitglieder sind die französischen Überseegebiete Französisch-Polynesien und Neukaledonien. Beobachterstatus haben Osttimor und Tokelau. Die Entscheidungen des Forums werden implementiert von dem in Fidschi ansässigen „Pacific Islands Forum Secretariat“ (PIFS). Das

Sekretariat führt auch Projekte in den Bereichen „gute Regierungsführung“, „wirtschaftliches Wachstum“ und „nachhaltige Entwicklung“ durch. Es hat zudem den Vorsitz über den „Council of Regional Organisations in the Pacific“ (CROP). Generalsekretär des PIF ist der Australier Greg Urwin.

Das nächste Gipfeltreffen des Forums findet 2008 in Niue statt. (*Forum Communiqué 17.10.07, Press Release PIFS 16.10.07, <http://www.forumsec.org/>, <http://www.pacificplan.org/tiki-page.php?pageName=HomePage, Islands Business October and November 2007>*)

Europäische Kommission unterstützt Pazifik

Tonga: Am Rande des 38. Gipfeltreffens des Pacific Islands Forum hat die Europäische Kommission dreizehn pazifischen Inselstaaten für die Jahre 2008 bis 2013 Unterstützung in Höhe von 267 Millionen Euro zugesagt. Das Abkommen im Rahmen des „Zehnten Europäischen Entwicklungsfonds“ (European Development Fund, EDF) wurde im Namen der EU von Louis Michel, dem EU-Kommissar für Entwicklung und humanitäre Hilfe, unterzeichnet. Von der Finanzspritze profitieren die Cook-Inseln, Kiribati, die Marshall-Inseln, die Föderierten Staaten von Mikronesien, Nauru, Niue, Palau, PNG, Samoa, die Salomonen, Tonga, Tuvalu und Vanuatu.

Mit den Geldern unterstützt die Europäische Kommission den „pazifischen Plan“, so sollen vor allem Projekte aus den Bereichen gute Regierungsführung, nachhaltige Bewirtschaftung der Bodenschätze sowie Wirtschaftswachstum gefördert werden.

Die Europäische Kommission implementiert mit der Projektunterstützung die im vergangenen Jahr von der Europäischen Union entwickelte neue regionale „pazifische Strategie“. Das Strategiepapier für den Pazifik ver-

folgt im Wesentlichen drei Ziele: Das erste Ziel besteht in der Förderung der regionalen Integrationsbemühungen in den Bereichen Handel und Wirtschaft. Vorrang genießt dabei die Umsetzung der so genannten PICTA (Pacific Islands Countries Trade Agreement), einer Freihandelszone in der Region. Besonders wichtig ist außerdem die Verbesserung der Verhandlungskapazitäten für den regionalen und multilateralen Handel, damit sich die pazifischen Inseln erfolgreich in die Weltwirtschaft eingliedern können.

Das zweite Ziel besteht in der Entwicklung der Humanressourcen, damit die Region Möglichkeiten zur Erhöhung des Handels- und Investitionsvolumens nutzen kann und neue, bessere Arbeitsplätze für die heranwachsende Generation entstehen.

Drittes Ziel ist die Förderung des Fischereisektors. Bei nachhaltiger Bewirtschaftung birgt diese Ressource das größte Potenzial für Wachstum und langfristige Einkommensschaffung. Dieses Ziel macht das Bestreben der EU deutlich, einen Beitrag zum Erhalt und zur nachhaltigen Bewirtschaftung wandernder Fischbestände - wie der Thunfischbestände - im Pazifik zu leisten.

In einem Positionspapier spricht die EU von einer „neuen politischen Partnerschaft“ zwischen ihr und den Pazifikstaaten. Diese werden als „globale Partner“ angesehen, deren Wert in der Bewahrung der natürlichen Ressourcen sowie der kulturellen Diversität der Region liege. Dazu äußerte sich auch Stefano Manservigi, der bei der EU zuständige Abteilungsleiter für die Beziehungen zu den Afrika-Karibik-Pazifik-Staaten (AKP) bei einer Sitzung am Rande des Forumstreffens in Tonga. Innerhalb der neuen pazifischen Strategie der EU sei der „politische Dialog“ extrem wichtig, betonte Manservigi. Man werde mit den PIF-Mitgliedsländern in einen so ge-

nannten „Region-to-Region“-Dialog treten, sagte der AKP-Beauftragte für den Pazifik.

(*Oceania Flash 19.10.07, <http://europa.eu/rapid/pressReleases>*)

IPCC-Bericht: Klimawandel ist Realität

Valencia: Mitte November hat der so genannte Weltklimarat (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC) im spanischen Valencia eine 23-seitige Zusammenfassung seines vierten Sachstandsberichtes vorgelegt. Sechs Jahre lang hat der zwischenstaatliche Ausschuss über den Klimawandel unter Vorsitz von Rajendra Pachauri mit seinen rund 2.500 Wissenschaftlern an dem Bericht über die Auswirkungen des Klimawandels gearbeitet.

Bereits 1988 war der IPCC gegründet worden mit dem Ziel, den Staaten ein klares Bild von den weltweiten Klimaveränderungen, deren Folgen und der möglichen Abhilfe zu liefern. Allein die Zusammenfassung des Berichts liest sich wie ein Horrorszenario: Dürren, Überschwemmungen, starke Niederschläge, Stürme, Schmelzen des Eises an den Polen und der damit verbundene Anstieg des Meeresspiegels, Zunahme der Infektionskrankheiten, Aussterben von Tier- und Pflanzenarten und sogar das Ende ganzer Ökosysteme werden prognostiziert.

In deutlichen Worten stellt der IPCC fest, dass der Klimawandel vom Menschen verursacht ist. So haben z.B. die gemessenen Temperaturerhöhungen (in den vergangenen 100 Jahren stieg die Temperatur um 0,74 Grad) ihre Ursache zum großen Teil im Ausstoß der klimagiftigen Gase Kohlendioxid, Methan und Lachgas. Die menschengemachten Treibhausgase stiegen insgesamt um 70 % seit 1970. Dabei ist vor allem die Emission von Kohlendioxid durch die Verbrennung von Kohle, Erdöl und Erd-

gas ein Problem. Ein Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels wäre eine effizientere Energienutzung sowie die Umstellung der Energieversorgung auf Solarenergie, Windenergie, Biomasse, Geothermie und Wasserkraft, heißt es in dem Report. In dieser Hinsicht sind viele Entwicklungsländer den Industriestaaten weit voraus. Die Gewinnung alternativer Treibstoffe (z.B. auf Bougainville die Treibstoffgewinnung aus Kokosnüssen), die Installation von Windkraftwerken und Solaranlagen ist auch im Pazifik ein viel diskutiertes Thema, obwohl die Pazifikinsulaner mangels größerer Industrie (Ausnahmen: Australien und Neuseeland) kaum zum weltweiten Ausstoß von Treibhausgasen beitragen. Neuseeland hat beispielsweise angekündigt, bis 2025 seinen Strombedarf zu 90 % aus erneuerbaren Energien zu decken und bis 2040 die Kohlendioxid-Emissionen pro Kopf im Verkehrssektor zu halbieren.

Nicht nur die Mitgliedsländer des Pacific Islands Forum formulierten eine Resolution zum Klimawandel (s.o.), sondern auch die Teilnehmer des APEC-Gipfel (Asia-Pacific Economic Cooperation), der Anfang September im australischen Sydney stattfand. Die Länder der asiatisch-pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft sind für mehr als die Hälfte des weltweit durch Abgase und Waldrodungen angerichteten Schadens verantwortlich. Zu diesem Schluss kommt zumindest eine zum APEC-Gipfel veröffentlichte Studie der Umweltorganisation World Wide Fund For Nature (WWF).

Bei ihrem Treffen waren sich die 21 teilnehmenden APEC-Staaten uneins über das „Wie“ eines weltweit effektiven Klimaschutzes. In der Abschlusserklärung der insgesamt 21 Pazifik-Anrainerstaaten finden sich so auch keine verbindlichen Reduktionsziele, sondern nur blumige Absichtserklärungen. Noch konnten sich die USA und Aust-

ralien nicht dazu durchringen, das Kyoto-Protokoll zu ratifizieren. Die APEC-Staaten haben eine gute Entschuldigung für ihre mauere Stellungnahme zum Klimawandel, handelt es sich doch eigentlich um ein reines Wirtschaftsforum, das es sich zum Ziel gemacht hat, im pazifischen Raum eine Freihandelszone einzurichten.

Während die Politiker rund um den Globus ständig zum Handeln gegen den Klimawandel mahnen, haben viele betroffene Menschen bereits angefangen, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. So laufen die Evakuierungsmaßnahmen auf den Carteret-Inseln (ausführlich siehe unter „Bougainville“) und auch der polynesischer Inselstaat Tuvalu sieht sich nach Ausweichmöglichkeiten für seine buchstäblich vom Untergang betroffenen rund 11.000 Bewohner um. Allerdings haben bisher die 3.000 Tuvalesen ihre Insel NICHT wegen des Klimawandels verlassen (wie irrtümlich in der „pazifik aktuell“ Nr. 70 berichtet), sondern eher aus wirtschaftlichen Gründen bzw. aus Gründen der Familienzusammenführung.

Unbestritten ist aber die Tatsache, dass der Klimawandel in Zukunft zu einem „Auswanderungsgrund“ werden wird. Interessant ist der bevorstehende Untergang zahlreicher niedrig gelegener Atolle im Pazifik vor allem für die Völkerrechtler. Als oberstes Rechtsprinzip gilt ihnen nämlich die „territoriale Unversehrtheit“ der Nationen. Was aber, wenn diese Staaten ganz ohne kriegerische Gewalt ihr Territorium verlieren, weil es im Meer versinkt oder durch die Zunahme von Naturkatastrophen unbewohnbar wird? Ein Recht auf einen Ersatzstaat oder gar ein Recht auf Aufnahme in Nachbarländern gibt es noch nicht. So liegt es am guten Willen der Anrainerstaaten, ob sie Flüchtlinge von den Pazifikinseln aufnehmen. Australien und Neuseeland haben sich z.B. verpflichtet, pro Jahr einer gewissen

Anzahl von Pazifikinsulanern den Aufenthaltsstatus zu gewährleisten. Warum diese Menschen nach Australien und Neuseeland einwandern wollen, wird dabei nicht explizit geprüft; zumindest wird nicht danach gefragt, ob sie als „Klimaflüchtlinge“ kommen. Denn auch die Kategorie „Klimaflüchtling“ gibt es laut Genfer Flüchtlingskonvention noch nicht offiziell. Klimaschäden gelten nach der Konvention nicht als Grund für humanitäres Asyl. Auch in der Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen findet sich kein Grundrecht auf eine intakte Umwelt.

Im Volksmund hat sich der Begriff des Klimaflüchtlings längst durchgesetzt und so scheut auch der Regierungschef der Autonomen Provinz von Bougainville, Joseph Kabui, in einem Interview mit der „Fiji Times“ nicht davor zurück, die Bewohner der Carteret-Inseln als die weltweit „ersten Klimaflüchtlinge und Opfer des Klimawandels“ zu bezeichnen. (<http://climate.unwto.org>, ABC, BBC online, AP 27.09.07, dpa 05.09.07, <http://www.apec.org/>, Spiegel 37/2007, Fiji Times 27.11.07)

Fernhandel bereits vor 1.000 Jahren

Tuamotu-Archipel: Die chemische Untersuchung eines Steinbeils vom ostpolynesischen Tuamotu-Archipel hat nun ergeben, dass es bereits vor 1.000 Jahren Fernhandelsbeziehungen über eine Distanz von rund 4.000 Kilometern im Pazifik gab.

Die Wissenschaftler Kenneth Collerson und Marshall Weisler von der australischen Universität Queensland hatten die chemische Zusammensetzung von 19 Breitbeilen untersucht, die der Forscher Kenneth Emory zwischen 1929 und 1934 auf neun Korallen-Atollen des Tuamotu-Archipels gesammelt hatte. Die Beile sind aus Basalt gemacht, einem vulkanischen Gestein, das im Tuamotu-Archipel nicht vorkommt. Nach einer detaillier-

ten Analyse der 19 Breitbeile konnten Collerson und Weisler deren chemische Zusammensetzung mit den typischen Gesteinsmerkmalen verschiedener pazifischer Inseln vergleichen und so den Herkunftsort des jeweiligen Beil-Gesteins festlegen.

18 der 19 Beile stammten demnach von fünf verschiedenen Archipelen in der näheren Umgebung, eines jedoch war aus Stein gehauen und konnte der 4.040 Kilometer entfernt gelegenen Insel Kaho'olawe (Hawai'i) zugeordnet werden. Der Beil-Typ an sich ist auf Hawai'i unbekannt, jedoch typisch für den Fundort im Nordwesten des Tuamotu-Archipels. Die Forscher vermuten, dass der Stein als Geschenk oder Ballast aus Hawai'i mitgebracht und dann zu einem Beil verarbeitet wurde. Wind und Strömungen seien geeignet, um ein Kanu von Hawai'i nach Tuamotu und zurück zu segeln, errechneten die Wissenschaftler. In Experimenten sei diese Strecke ohne Navigationsinstrumente in Kanus in 32 Tagen zurückgelegt worden.

Die anderen Beile konnten Collerson und Weisler den Marquesas-Inseln, den Austral- und Gesellschaftsinseln sowie der Insel Pitcairn zuordnen.

Der Fund bestätigt damit eine jahrhundertealte mündliche Tradition aus Hawai'i, nach der die früheren Inselbewohner in Kanus mit dem Wind über Tuamotu bis nach Tahiti und zurück gereist seien, erläutern die Wissenschaftler in der renommierten amerikanischen Fachzeitschrift „Science“. (<http://www.sciencemag.org/27.09.07>, N-TV 27.09.07)

Erklärung zu indigenen Völkern verabschiedet

New York: Am 13. September verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen (UN) die „Erklärung zu den Rechten indigener Völker“ mit 143 Pro-Stimmen, elf Enthaltun-

gen und vier Gegenstimmen. Deutschland zählte zu den Befürwortern der Erklärung. Die Gegenstimmen kamen von den USA, Australien, Kanada und Neuseeland. Diese Staaten verurteilen die nunmehr verbrieften Rechte der indigenen Völker auf Land und Bodenschätze als „ungerecht“ und „inakzeptabel“, weil die in ihren Ländern lebenden indigenen Völker weite Landstriche mit wertvollen Rohstoffvorkommen für sich in Anspruch nehmen.

22 Jahre lang hat die „UN-Arbeitsgruppe über indigene Bevölkerungen“ an der rechtlich nicht bindenden „Erklärung zu den Rechten indigener Völker“ gearbeitet. Sie schreibt in 46 Paragraphen die Rechte der so genannten „Ureinwohner“ und ihren Schutz vor Diskriminierung und Ausbeutung fest. Das Dokument spricht den indigenen Völkern auch das Eigentum an dem Land zu, das sie besiedeln. Die Bevölkerung darf nicht ohne ihr (freiwilliges) Einverständnis umgesiedelt werden. Wenn Angehöriger indigener Völker in der Vergangenheit vertrieben wurden, steht ihnen nun ein Ausgleich für ihr Land zu. In der Erklärung ist auch festgelegt, dass das Land weder für militärische Zwecke genutzt werden darf, noch zur Lagerung gefährlicher Abfälle missbraucht werden darf. Auch das Recht auf den Erhalt indigener Kulturen und Traditionen ist in der Erklärung verbrieft.

Victoria Tauli-Corpuz, die Vorsitzende des „UN Permanent Forum on Indigenous Issues“ und selbst Angehörige des Volkes der Igarot auf den Philippinen, feierte die Deklaration als „*historischen Meilenstein*“. UN-Generalsekretär Ban Ki Moon würdigte die Erklärung als „*Akt der Versöhnung zwischen UN-Mitgliedern und Naturvölkern nach einer schmerzlichen Geschichte*“.

Das Dokument hat für die Mitgliedsstaaten der UN nur den Status einer „Empfehlung“. Es ist

für die UN-Mitgliedsstaaten erst bindend, wenn die Prinzipien der Erklärung in nationales Recht übernommen worden sind. Im Juni 2006 hatte der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen in Genf die Erklärung angenommen.

Die Gesamtzahl der Angehörigen der indigenen Völker der Erde wird heute auf etwa 370 Millionen Menschen geschätzt. (<http://www.grassrootsonline.org/>, Nürnberger Nachrichten 14.09., 15.09.07)

Pazifische „Helden des Umweltschutzes“

Palau/Westpapua: Der palauanische Präsident Tommy Remengesau und der indonesische Gouverneur Barnabas Suebu sind zwei der „Helden des Umweltschutzes 2007“.

Das renommierte britische „TIME Magazine“ hat 45 Persönlichkeiten aus aller Welt in den Kategorien a) Führer und Visionäre, b) Aktivisten, c) Wissenschaftler und d) Unternehmer und Wirtschaftsmagnaten zu „Heroes of the Environment“ gekürt, darunter auch die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel, den amerikanischen Friedensnobelpreisträger Al Gore und den britischen Thronfolger Prinz Charles.

Der 51-jährige palauanische Präsident Remengesau erhielt den Preis für sein Engagement gegen den Klimawandel. Unter dem Motto „*Die Umwelt ist unsere Wirtschaft, die Wirtschaft unsere Umwelt*“ setzte der Präsident ein Umweltschutzprogramm für die Inseln östlich der Philippinen durch. 20 % der gesamten Landfläche und 30 % des Küstenstreifens wurden zum Naturschutzgebiet erklärt. Der seit 2000 amtierende vierte Präsident der Republik Palau hat sich mit engagierten und sachkundigen Reden vor seinen Kollegen bei der „Pacific Island Conference of Leaders“ im Frühjahr einen Namen als aktiver Umweltschüt-

zer erworben. Weltweit habe sich der Präsident mit seinen Warnungen vor den Auswirkungen des Klimawandels auf die pazifischen Inseln Gehör verschafft, hieß es in der TIME. Das sei umso bewundernswerter, als Remengesau „nur“ Staatsoberhaupt von knapp 20.000 Menschen sei.

Barnabas Suebo, seit Juli 2006 Gouverneur von Westpapua, erhielt die Ehrung in der Kategorie „Führer und Visionäre“ für sein Engagement gegen die Abholzung der Regenwälder in der indonesischen Provinz. Der 61-jährige einheimische Papua hat seit Amtsantritt öffentlich über ein Moratorium für den Holzeinschlag nachgedacht und geraten, keine neuen Holzeinschlagslizenzen mehr zu vergeben. Suebo will die Wälder Papuas nicht nur vor der Abholzung schützen, sondern zudem die indonesische Regierung daran hindern, große Palmölplantagen zur Produktion von Biokraftstoffen aus Palmöl anzulegen.

Während die Auszeichnung von Remengesau in den pazifischen Medien nicht weiter kritisiert wurde, hat die Verleihung des Preises an Gouverneur Suebo vor allem unter westpapuanischen Umweltaktivisten für einen Sturm der Entrüstung gesorgt. Benny Wenda, Vorsitzender der „Koteka Tribal Assembly“ und Anführer der britischen Bewegung für ein unabhängiges Westpapua, schrieb in einem offenen Brief, Suebo sei kein Held für die Papuas, sondern eher ein Held der Indonesier. Weder habe Suebo die Machenschaften des indonesischen Militärs, noch das Leiden des papuanischen Volkes angeprangert. Obwohl er studierter Rechtsanwalt sei, habe er sich nie für die Freilassung politischer Gefangener eingesetzt, noch sich irgendwie anders für sein eigenes Volk eingesetzt. Doch für die Papuas gäbe es keine Trennung zwischen Mensch und Umwelt, sie seien eines und gehörten zusammen. Wer sich also nur für

die Umwelt, nicht aber für die Menschen stark mache, sei kein Held, schrieb Wenda.

(<http://www.time.com/time/specials>, PIR 31.10.07, ELSHAM 19.10.07, <http://www.freewestpapua.org>)

MELANESIEN

PAPUA-NEUGUINEA

160 Tote bei Überschwemmungen

Mehr als 160 Menschen kamen bei sintflutartigen Regenfällen mit anschließender Überflutung weiter Landesteile der Oro Provinz im Nordosten der Insel ums Leben. Ausgelöst wurden die Überschwemmungen vom tropischen Zyklon „Guba“, der vom 16. bis zum 20. November wütete und besonders schwere Auswirkungen auf Oro und die Milne Bay Provinz hatte. Allein in der Provinz Oro sind nach Angaben der Regierung 135.000 Menschen von den Auswirkungen des Zyklons betroffen. Rund 13.000 Menschen wurden obdachlos. Ihre Dörfer wurden von den Wassermassen weggespült. Etliche Personen konnten sich nur retten, indem sie sich in das hügelige Hinterland flüchteten. Dort harren sie aus und warten auf Hilfe. Alle Flüsse in der Region traten über die Ufer, Straßen und Brücken wurden zerstört, die Telekommunikation brach zusammen. Die Regierung von PNG rief am 20. November den Notstand aus.

Die internationale Hilfe ist ange laufen. Sowohl Australien als auch Neuseeland haben Gelder für den Wiederaufbau und die Versorgung der Bevölkerung mit Notunterkünften und Lebensmitteln freigegeben. Das örtliche Rote Kreuz sowie Katastrophenhelfer der Vereinten Nationen sind vor Ort.

Die Überschwemmungen haben die Gärten zerstört und die

Trinkwasserquellen verunreinigt. Die Behörden befürchten nun eine drohende Hungersnot sowie den Ausbruch von Epidemien durch den Mangel an sauberem Wasser. Bis dato starben zehn Personen an Hunger, wie der Provinzgouverneur Suckling Tamanabae bekanntgab. Der Gouverneur bemängelte zudem die Koordinierung des Hilfseinsatzes. Es gäbe nur zwei Helikopter, die von der Provinzhauptstadt Popondetta aus in die betroffenen Gebiete flögen. In der Gegend um Togaho zum Beispiel lebten mehr als 12.000 Menschen völlig abgeschnitten von den Lieferungen, hier gäbe es weder ausreichend Trinkwasser noch genug Nahrung. (<http://www.reliefweb.int/>, ABC, BBC 21.11.07, Flash d'Océanie 22.11.07, Post-Courier 22.11.07)

Hoher Korruptionsindex

Noch nie war die „gefühlte“ Korruption in Papua-Neuguinea höher als in diesem Jahr. Das ist das Ergebnis des von der Organisation „Transparency International“ (TI) entwickelten sogenannten „Korruptionswahrnehmungsindex“ (Transparency International Corruption Perceptions Index, CPI), der Ende September der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Bei dem von TI aufgestellten Ranking steht PNG auf Platz 162 von 180 gelisteten Staaten und damit um 13 Plätze höher als noch in 2006. Richard Kassman, Sprecher von TI Papua New Guinea, erklärte, das Land leide vor allem am Missbrauch öffentlicher Gelder, Bestechung, Diebstahl, falscher Buchführung sowie Nepotismus durch das „Wantok-System“. Es mangle dem Staatshaushalt an Transparenz. Abrechnungsnachweise über Ein- und Ausgaben seien gar nicht vorhanden oder würden absichtlich verschlampt. Finanzbeamte wirtschafteten eher in die eigene Tasche und übersähen geflissentlich geltendes Finanzrecht, so Kassman. Er mahnte die Par-

lamentarier an, gemeinsam gegen Korruption vorzugehen.

Info: Transparency International ist eine gemeinnützige, parteipolitisch unabhängige Bewegung von Menschen aus aller Welt, die sich dem globalen Kampf gegen die Korruption verschrieben haben. Die Organisation wurde 1993 von Dr. Peter Eigen und Freunden aus Nord und Süd in London und Berlin gegründet. Das Internationale Sekretariat von TI in London trägt die globale Arbeit der Organisation. Es unterstützt und koordiniert die Arbeit der Nationalen Sektionen, die heute in fast 100 Ländern tätig sind, so auch in Papua-Neuguinea. Transparency International stellt auch das Sekretariat der Internationalen Anti-Korruptionskonferenzen (IACC), die alle zwei Jahre unter großer internationaler Beteiligung stattfinden.

Der Korruptionswahrnehmungsindex wird jährlich von TI erstellt. Der Index listet Länder nach dem Grad auf, in dem dort Korruption bei Amtsträgern und Politikern wahrgenommen wird. Dazu gibt es eine Skala von 0 bis 10. Null bedeutet eine extrem hohe Wahrnehmung von Korruption, 10 eine extrem niedrige. Die Platzierung der Staaten erfolgt nach der Auswertung von jeweils 14 von Experten ausgefüllten Fragebögen zur Situation im Land. Bei der internationalen Vorstellung des CPI in London legte Transparency International den Akzent auf die Korruption in Entwicklungs- und Schwellenländern und auf die Mitverantwortung der Industrieländer.

Das Land mit dem niedrigsten Korruptionswahrnehmungsindex ist in diesem Jahr Dänemark, gefolgt von Finnland und Neuseeland. Deutschland steht auf Rang 16 und damit noch hinter Australien (Rang 13). Als relativ niedrig wahrgenommen wird die Korruption auch in Samoa (Platz 57), Kiribati (84) und Vanuatu (98). (*The National* 28.09.07, <http://www.transparency.de/>)

Programm zur Bekämpfung von HIV

Ende September haben die Regierungen von Papua-Neuguinea und Australien sowie lokale Gesundheitsorganisationen in beiden Staaten ein gemeinsames Programm auf den Weg gebracht: Das „PNG-Australia Sexual Health Improvement Program“ (PASHIP) soll die Ausbreitung sexuell übertragbarer Krankheiten verhindern helfen und neue Behandlungsmethoden erschließen. Schwerpunkt des Programms ist die Bekämpfung der Immunschwächekrankheit AIDS. Nach offiziellen Angaben sind bisher 2,5 % der Bevölkerung von Papua-Neuguinea (rund 150.000 Menschen) an dem HI-Virus erkrankt. PASHIP verfügt über ein Budget von zunächst 50 Millionen Kina jährlich (ca. 13 Mio. €). Als Projektpartner konnte man die Caritas Australia gewinnen. Sie soll speziell in den Southern Highlands, dem Chimbu und in der Hauptstadt Port Moresby tätig werden. Einheimische Nichtregierungsorganisationen (NGO) werden in Kooperation mit australischen NGOs in acht weiteren Provinzen ihre Arbeit aufnehmen.

Der Geschäftsführer von Caritas Australia, Jack de Groot, sagte, das neue Programm zur Bekämpfung von sexuell übertragbaren Krankheiten (Sexually Transmitted Infections, STI) sei wegweisend für die Rolle kirchlicher Organisationen. Schon immer hätten diese sich ihrer Verantwortung gegenüber kranken und benachteiligten Menschen gestellt. Rund 25 % des Gesundheitswesens in ganz PNG wird von katholischen Organisationen getragen und finanziert. Mit ihrer Arbeit an der Basis auf der so genannten „Grassroot“-Ebene fiele es kirchlichen Mitarbeitern leichter, das Tabu um AIDS und weitere Krankheiten zu brechen und Aufklärungsarbeit zu leisten, erläuterte de Groot. Caritas Australia will einheimische Mitarbeiter ausbilden,

die dann in den Dörfern ihr Wissen über die STIs weitergeben sollen. PASHIP sei in dem Sinne ein innovatives Programm, als es seine Aufklärungsarbeit nicht nur auf AIDS fokussiere, sondern sich auch anderer Krankheiten annähme. Das Programm könne helfen, Menschen langfristig beim Umgang mit STIs zu unterstützen und ihnen die Fähigkeiten zur Vermeidung von Infektionen zu vermitteln, sagte der Caritas-Chef. (*Pressemitteilung Caritas Australia* 21.09.07, PNG Embassy 01.12.06)

213 Menschen im Weltkrieg gehängt?

Der Gründer der „Kokoda Buna Historical Foundation“, Maclaren Jude Hiari, hat Anfang Mai die Ergebnisse einer Recherche für sein neuestes Buchprojekt vorgestellt. Demnach hat die australische Armee im Zweiten Weltkrieg zwischen Januar 1943 und April 1945 insgesamt 213 Neuguineer wegen Verrat und Mord gehängt. Hiari sagte, die wenigen Dokumente über die Hängungen ließen vermuten, dass die „Australia and New Guinea Administrative Unit“ (ANGAU) in einigen Fällen ohne Zustimmung des australischen Kabinetts gehandelt habe. Da sich Hiari bei seinen Enthüllungen überwiegend auf mündliche Quellen stützt, sind seine Angaben mit äußerster Vorsicht zu genießen.

Hiari kämpfte selbst im Zweiten Weltkrieg. Vor Gründung der Kokoda-Stiftung war er Kurator der Kriegsabteilung im National Museum von Port Moresby. Der studierte Historiker wurde für seine Verdienste um die Aufarbeitung der Geschichte neuguineischer Soldaten im Zweiten Weltkrieg in Papua-Neuguinea mit dem „Member of the Order of the British Empire“ ausgezeichnet. Er lebt in Popondetta.

(*Post-Courier* 28.09.07, <http://www.em.com.pg/PNG/kokodatrack/PNGkokodatrack.htm>)

Landschaftsschutzgebiete ausgewiesen

Der „World Wide Fund for Nature“ (WWF) hat drei neue Landschaftsschutzgebiete im Süden der Insel Neuguinea ausgewiesen. Die Gebiete südlich des Flusses Fly umfassen rund 710.000 Hektar in der Western Province. Sie erweitern das bereits seit 1991 bestehende Landschaftsschutzgebiet „Tonda Wildlife Management Area“, das rund 610.000 Hektar Land unter Schutz stellt. Die sogenannte „TransFly Grasslands and Savannas Ecoregion“ erstreckt sich entlang der Grenze zwischen der indonesischen Provinz Papua und dem unabhängigen Staat Papua-Neuguinea. Das Schutzgebiet umfasst Wiesen, Steppe, tropischen Regenwald, die Flüsse und Waldländer. 11 % aller in PNG endemischen Säugetiere leben hier, ebenso rund 350 Vogelarten, vom Paradiesvogel bis zum Kingfisher. Die Fauna gilt als einzigartig vielfältig. Die TransFly-Region ist eine der artenreichsten Regionen der Erde und ebenso eines der größten Feuchtgebiete weltweit.

Der WWF engagiert sich seit 1991 in Papua-Neuguinea und hat dort speziell für den TransFly ein Naturschutzprogramm (das so genannte „Ecoregion Conservation Program“) entwickelt, in das lokale Landeigner eingebunden sind. Sie erlernen in Workshops die nachhaltige Bewirtschaftung des Landes, um so zum Erhalt der Biodiversität beizutragen. Rund 200 ethnische Gruppen leben im Tonda-Landschaftsschutzgebiet. Der WWF hat sich auch den Erhalt ihrer spezifischen kulturellen Werte sowie den Erhalt ihres traditionellen Umgangs mit der Umwelt auf die Fahnen geschrieben. Insgesamt unterhält der WWF mit Hilfe seiner über 100 Mitarbeiter 15 Projekte auf der Insel Neuguinea.

Info: Der World Wide Fund For Nature (WWF) ist eine der größ-

ten Naturschutzorganisationen der Welt und in über 100 Ländern aktiv. Weltweit unterstützen ihn fünf Millionen Förderer. Im globalen Netzwerk des WWF arbeiten 59 nationale Sektionen, Programmbüros und Partnerorganisationen zusammen. Rund um den Globus führten im Jahr 2006 etwa 4.000 Mitarbeiter 2.000 Projekte zur Bewahrung der biologischen Vielfalt durch. Dafür investierte der WWF 374 Millionen Euro.

(<http://www.wwf.de/der-wwf/>,
<http://worldwildlife.org/expeditions/newguinea/projects.cfm>, *The National* 27.09.07)

Neue Mine lagert Feinschlamm

Der südafrikanische Goldproduzent „Harmony Gold Mining“ wird ein Rückhaltebecken für die aus der geplanten Gold- und Silbermine im Hidden Valley stammenden Abräume bauen. Das gab der Manager von Harmony Gold, Adam Wright, im Rahmen einer Besichtigung des Minengeländes mit dem Parlamentarier Sam Basil (Wau-Bulolo-Region) und dem Provinzverwalter Manasupe Zurenuoc bekannt. Die Mine in der Morobe Provinz soll im März 2009 ihre Produktion an zwei Standorten in Hamata und im Hidden Valley im Tagebaubetrieb aufnehmen. Geplant ist der jährliche Abbau von 285.000 Unzen Gold (ca. 8,9 Tonnen Gold) und 1,9 Tonnen Silber. Die Laufzeit der Minen ist zunächst auf zehn Jahre festgelegt.

Adam Wright betonte, dass dem Minenbetreiber Harmony sehr am Umweltschutz und der nachhaltigen Bewirtschaftung des Geländes auch nach der Schließung der Mine gelegen sei. Man plane ein Rückhaltebecken mit zwei Staudämmen zur Lagerung der Feinschlämme aus der Produktion. Im Gegensatz zu anderen Minenbetreibern wolle Harmony mit seinen Abräumen nicht die Flusssysteme verstopfen, sagte Wright. Man rechne für den Zehnjahreszeitraum mit einer Befüllung des Rückhaltebe-

ckens in Höhe von 60 bis 70 Metern, erklärte der Minenmanager.

Der Umweltbeauftragte für die Mine im Hidden Valley, David Yok, bestätigte die erfolgreiche Durchführung einer Umwelt-Machbarkeitsstudie in Kooperation mit den Landeignern. Man habe auch schon Pflanzen und Bäume entlang der Minenzufahrtsstraße angepflanzt, um die Erosion des Bodens zu vermeiden und die durch das Minengelände zerstörte Umwelt zu renaturieren, erklärte Yok. Er betonte auch die Zusammenarbeit mit den vor Ort ansässigen Menschen. So sollen 50 Einheimische einen Arbeitsplatz bekommen, neun Auszubildende werden eingestellt.

Harmony Gold ist der fünfgrößte Goldproduzent der Welt mit Minenprojekten in Papua-Neuguinea, Südafrika (Firmensitz) und im austral-asiatischen Raum. (*The National* 25.10.07, http://www.harmony.co.za/b/ops_png.asp,

Pipeline nach Bige wird gebaut

Nach der Zustimmung durch das Parlament hat der Bergbaukonzern Ok Tedi Mining Limited (OTML) mit dem Bau einer 130 Kilometer langen Pipeline begonnen. Die Pipeline führt aus der Ok Tedi-Mine am Mount Fulbian heraus entlang des Tabubil-Kiunga Highways (Western Province) zum Dorf Bige am unteren Ok Tedi Fluss. In Bige selbst besteht bereits ein Rückhaltebecken mit Auskiesungsfläche. Die giftigen Abräume sollen durch die Pipeline in diese Auskiesungsfläche transportiert werden. Beim Durchströmen der Fläche werden giftige Schwermetalle aus den Abräumen gefiltert, diese werden dann in einer Art Schacht gelagert. Diese Schächte werden von der australischen Firma Dredecos zurzeit in Bige ausgebaggert.

Die Pipeline hat einen Durchmesser von 25 Zentimetern, ihr

Bau wird mit rund 169,6 Millionen US \$ veranschlagt. Damit der Bau der Pipeline zügig vorstatten gehen kann, hat OTML den Auftrag an zwei australische Expertenfirmen vergeben. Die „International Pipeline Company“ aus Westaustralien baut die Pipeline, die im Bundesstaat Queensland ansässige Firma „Sun Engineering“ liefert die nötigen technischen Anlagen. Im zweiten Quartal 2008 soll die Pipeline in Betrieb gehen.

Die Beziehungen zu den lokalen Landeignern, durch deren Land die Pipeline laufen soll, wird OTML durch eine Zusammenarbeit mit Partnern vor Ort stärken. So wurden mit „Placements PNG Limited“ (Boroko) und „Hore Binkia Engineering Limited“ zwei einheimische Firmen als Joint-Venture Partner beauftragt. „Hore Binkia Engineering“ ist eine Firma, die von dreizehn Dörfern entlang der geplanten Pipeline getragen wird.

Vom Bau der Pipeline versprechen sich die Dorfbewohner entlang der Flüsse eine Verbesserung ihrer Lebensqualität, da die giftigen, stark sulfidhaltigen Stoffe aus der Mine nicht mehr in das Flusssystem gelangen, sondern durch die Pipeline zu den relativ sicheren Endlagerstätten bei Bige transportiert werden. Der Bau der Pipeline war eine der wichtigsten Grundlagen zur Verlängerung des „Community Mine Continuation Agreement“, das OTML gemeinsam mit traditionellen Landeignern im Juli des Jahres beschlossen hatte. Ihre Zustimmung zur Förderung von Kupfer und Gold aus der Mine bis zur geplanten Schließung im Jahr 2013 hatten die Landeigner u. a. von einer Verbesserung des Umweltschutzes abhängig gemacht. Besonders wichtig war ihnen, dass die tonnenschweren Abräume aus der Mine nicht mehr die Flussläufe des Fly und Ok Tedi verstopfen. (Post-Courier 13.09.07, <http://www.oktedi.com/community/mineWaste.php>, http://www.oktedi.com/reports/news/74/272_Quarter_3_2007_Results.pdf)

Unmut in der Basamuk Bay

Die Bauarbeiten zur Errichtung der Raffinerie für das Ramu-Nickel-Projekt in der Basamuk Bay südöstlich von Madang gehen stetig voran. Das große Areal ist komplett abgeholzt und weitgehend begradigt. Die Hafenanlagen nehmen Gestalt an. Gleichzeitig steigt der Unmut der Bewohner des Gebietes, ebenso wie der der Arbeiter auf der Baustelle. Neben etwa 300 chinesischen Arbeitern beschäftigt der Hauptbetreiber der Anlage, der chinesische Betrieb Metallurgical Construction Corporation (MCC), etwa ebenso viele einheimische Arbeiter aus der näheren Umgebung. Diese beklagen, dass sie nicht den versprochenen Lohn erhalten, sondern lediglich zwei bis drei Kina pro Stunde. Hinzu kommt, dass Überstunden nicht bezahlt werden und die Maschinen und andere Arbeitsgeräte teilweise qualitativ nicht den Anforderungen der natürlichen Gegebenheiten entsprechen. Daher kommt es immer häufiger zu Arbeitsniederlegungen. MCC versucht daher, Vorarbeiter zu bestechen, damit sie ihre Leute besser kontrollieren.

Ebenso zeigen sich die Bewohner in der unmittelbaren Umgebung der Mine unzufrieden mit dem Fortgang des Projekts. Nach wie vor gibt es Unklarheiten bezüglich der Eigentums- und Besitzansprüche auf das Land, auf dem die Raffinerie und Unterkünfte der Arbeiter errichtet werden sollen. Trotzdem baut MCC weiter. Geplant war darüber hinaus, dass in der Nähe des Dorfes Mindiri ein Handelszentrum gebaut werden sollte. Die Minenbetreiber haben sich nun dazu entschlossen, das Zentrum etwa sechs Kilometer entfernt zu errichten, da es in unmittelbarer Nähe der Raffinerie zu gefährlich sei, weil dort mit gefährlichen Chemikalien gearbeitet werde. Damit würde jedoch eine wichtige Einkommensquelle für die Menschen von Mindiri wegfallen, die ihr

Land auch auf Grund dieser Zusage an die Minenbetreiber abgegeben hatten. Zusätzlich zu dieser Problematik wurde nun auch ein großes Stück Land unweit des Dorfes gerodet, um dort für etwa 3.000 Arbeiter und deren Familien Unterkünfte zu bauen. Wenn die Raffinerie ihren Betrieb aufgenommen hat, werden viele fremde Arbeiter aus China und anderen Teilen Papua-Neuguineas dort untergebracht sein. Bereits jetzt sind die fremden kulturellen Einflüsse zu spüren, was bei den Dorfbewohnern zu Misstrauen und Vorurteilen gegenüber den Chinesen führt. Kaum ein chinesischer Arbeiter spricht Englisch, geschweige denn Tok Pisin. Den Menschen vor Ort wird nun bewusst, wie massiv das Minenprojekt auf ihr Leben einwirkt und mit wie vielen Nachteilen es verbunden ist. Ebenso ist das Land für den Gartenbau in der Nähe des Dorfes knapp geworden. Die Bewohner der Region sind von ihrer Regierung enttäuscht, da sich diese bei den Verhandlungen mit MCC als wenig rücksichtvoll gegenüber den Menschen vor Ort gezeigt hat. Sie beklagen, dass Premierminister Michael Somare seine eigenen Interessen verfolgt habe und fühlen sich mit ihren Problemen alleine gelassen.

Als besonders problematisch sollte auch der Bau des Hafens betrachtet werden. Hat dieser einmal seinen vollständigen Betrieb aufgenommen, dann bietet er ein offenes Tor nach China. Schon jetzt bringen Containerschiffe Waren in die Bucht, ohne dass es dort eine Zollstation gibt, wie im März dieses Jahres geschehen. Nach wie vor ist unklar, was genau in den Containern war. Eine Zollstation soll zwar noch errichtet werden, aber trotzdem dürfte es einfach sein, Güter und Menschen unkontrolliert einzuführen. Zwar ist die Provinzregierung in Madang wenig begeistert von diesen Aktivitäten, aber momentan scheint es keine Lösung für das Problem zu geben. Generell ist die Lage vor

Ort angespannt. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Regierung und MCC gegenüber den betroffenen Menschen verhalten. Wichtig wäre zunächst einmal, die Landfrage zu klären und den Menschen die versprochenen Kompensationszahlungen für den Verlust ihres Nutzlandes auszubezahlen. MCC fühlt sich jedoch nicht in der Verantwortung, da die Betreiber nur mit Michael Somare verhandeln und nicht mit den Landbesitzern. Viele Interessenskonflikte begleiten das Projekt, was es immer schwieriger macht, zu einer Einigung zu kommen, die alle zufrieden stimmt. Objektiv betrachtet wäre es für alle Beteiligten das Beste, das Projekt zu beenden, denn selbst MCC dürften die Probleme langsam zu viel werden, ohne dass bislang ein Gramm Nickel oder Kobalt gefördert worden ist. Und wenn die Mine und die Raffinerie erst einmal die Arbeit aufgenommen haben, dann kommen noch die gravierenden Umweltschäden durch das Einleiten des Abraums in die Bucht hinzu. Davon sind dann nicht nur die Bewohner der Umgebung betroffen, sondern vermutlich auch der Tourismus in Madang, was für die Provinz einen ökonomischen Nachteil bedeuten kann.

(Artikel von Katja Göbel, Besuch der Region und der Baustelle im Oktober 2007)

Richter gesteinigt

Iva Cappo, Friedensrichter in Port Moresby, ist am 21. Oktober von aufgebrachten Flüchtlingen zu Tode gesteinigt worden. Cappo war mit dem Auto unterwegs, als er die Kontrolle über sein Fahrzeug verlor. Der PKW kam am Ela Beach zu stehen, wo zurzeit Flüchtlinge aus Westpapua campieren. Sie waren vor einiger Zeit aus ihrer Siedlung „8 Mile“ zwangsevakuert worden, die Siedlung mit ihren Wellblechhütten und Bananengärten war dem Erdboden gleichgemacht worden. Die Flüchtlinge hatten sich zum Ela Beach gerettet und campierten nun in

Sichtweite des Bürogebäudes des Internationalen Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR). Die aufgebrachte Stimmung in dem provisorischen Camp entlud sich, als Richter Cappo sein Auto verließ, um zu schauen, ob bei seiner Irrfahrt Menschen verletzt worden waren. Dies war nicht der Fall. Die Flüchtlinge kreisten den Richter ein und warfen mit Steinen nach ihm. Die Polizei konnte nur noch den Tod von Cappo feststellen. Vier Personen wurden unter Tatverdacht verhaftet.

Cappo stand über 36 Jahre im Staatsdienst. Er hinterlässt seine Frau und neun Kinder. *(Post-Courier 25.09.07, Flash d'Océanie 24.10.07, Islands Business 22.10.07)*

Keine Bildung durch Geldmangel

Etwa die Hälfte aller Kinder im Grundschulalter kann sich den Besuch der Grundschule (engl. primary school) nicht leisten. Das ist das Ergebnis einer Studie des Kinderfonds der Vereinten Nationen (United Nations Children Fund, UNICEF), die der für PNG zuständige UNICEF-Beauftragte Dr. Arnold Calo-oy in Goroka vorstellte. Nur etwa die Hälfte aller Kinder, die sich zum ersten Schuljahr anmelden, würde die Grundschule erfolgreich abschließen, erklärte Dr. Calo-oy. Dabei mangle es nicht am guten Willen der Eltern, sondern zumeist am Geld.

Alle Schulen in Papua-Neuguinea sind gebührenpflichtig. Die Schulgebühr wird Anfang des Jahres für das laufende Schuljahr fällig. Pro Grundschuljahr ist mit ca. 50 - 100 Kina (ca. 25 €) zu rechnen, die weiterführende High School kostet dann bereits zwischen 1.000 und 1.500 Kina jährlich. College und Universität können gar 3.000 bis 5.000 Kina jährlich kosten.

Der UNICEF-Beauftragte bemängelte vor allem die geringe Quote der weiblichen Grund-

schulabgänger. Beim Schulbesuch würden nach wie vor Jungen bevorzugt. Diese würden häufiger zur Schule geschickt und erreichten öfter einen Abschluss als Mädchen, erklärte Calo-oy. Deshalb ist Papua-Neuguinea in das Programm der UNICEF zur Bildung und Qualifizierung von Mädchen und Frauen aufgenommen worden. Die "United Nations Girls' Education Initiative" (UNGEI) wirbt mit dem Slogan „Girls too! Education for all“. Ziel der Initiative ist es, bis 2015 allen Jungen und Mädchen weltweit einen Grundschulbesuch und –abschluss zu ermöglichen. *(Email Bernd Egger 14.11.07, http://www.unicef.org/infobycountry/papuan_g.html, <http://www.ungei.org/>, The National 17.10.07)*

Neuer Highway eingeweiht

Anfang September wurde der 114 Kilometer lange Highway zwischen den Provinzen East Sepik und Sandaun eingeweiht. Er verbindet die Städte Vanimo (Sandaun) und Wewak (East Sepik). Der so genannte „East Sepik-Sandaun Highway“ wurde von der Abholzungsfirma „Vanimo Forest Products Limited“ (VFP) gebaut. Diese gehört zum malaysischen Konzern „Rimbunan Hijau“, einer der weltweit größten Rodungsbetriebe. VFP hat nicht nur den Highway gebaut, sondern auch etliche Stichstraßen in Dörfern entlang der Strecke angelegt. Der Gouverneur der Provinz Sandaun, Simon Solo, zeigte sich bei der ersten Befahrung der Straße anlässlich der Einweihung begeistert von der Straßenqualität und dankte der Abholzungsfirma für ihr Engagement bei der Verbesserung der Infrastruktur. *(The National 06.09.07)*

Endlich von Port Moresby nach Lae

Der seit 20 Jahren in Planung befindliche Highway zwischen der Hauptstadt Port Moresby und der Küstenstadt Lae (Moro-

be Province) soll nun endlich gebaut werden. Das gab Verkehrsminister Don Polye bekannt. Laut einer „Trans-Islands Highway“-Machbarkeitsstudie, die gemeinsam vom Straßenbauamt im australischen Queensland und dem Verkehrsministerium von Papua-Neuguinea erstellt worden war, ist der Bau der 170 Kilometer langen Verbindungsstraße zwischen den beiden Großstädten möglich. Die Regierung von Papua-Neuguinea stimmte dem Bau zu und versprach die Investition von drei Milliarden Kina für die geplante Bauzeit von zehn Jahren. Bereits im nächsten Jahr soll mit dem Straßenbau begonnen werden. (Post-Courier 27.09.07)

Zwei weitere UKW-Sender für Wantok Radio Light

„Wantok Radio Light“ hat im September zwei weitere UKW-Sender in Betrieb genommen. Mit den neuen Sendern in Kimbe (West New Britain) und Buka (North Solomons) verfügt die evangelikale Senderkette, die 2002 in Port Moresby erstmals auf Sendung ging, jetzt über 12 Standorte.

Die Sender kommen vom internationalen Technikpartner HCJB Global Voice und wurden durch eine Kollekte auf der Jahrestagung der US-amerikanischen „National Religious Broadcasters“ finanziert. Der Interessensverband evangelikaler und fundamentalistischer Radio- und Fernseharbeiten hatte Radio Wantok auf seiner Konferenz im Februar 2007 als „International Ministry of the Year“ ausgezeichnet. Eine Kollekte aus diesem Anlass sorgte für die Kosten des einen Senders, eine Großspende für den zweiten. Die Sender in Kimbe und Buka wurden dementsprechend am 23. und 25. September 2007 von den NRB-Repräsentanten Ron Harris bzw. Frank Wright ihrer Bestimmung übergeben.

„Wantok Radio Light“ ist ein Gemeinschaftsprojekt der Papua New Guinea Bible Church (ca. 500 Gemeinden), EBM International (Schwestersender Radio Light auf Fidschi), Life Radio Ministries (internationaler Repräsentant, Ansprechpartner für Programme) und HCJB Global Voice (Technikpartner). Bei gesicherter Finanzierung sollen bis zu 30 UKW- und Kurzwellensender in Papua-Neuguinea, auf den Solomon Islands und in Vanuatu über Satellit zusammengeschaltet werden. Für Flächendeckung sorgt bereits seit 2005 ein Kurzwellensender. (Artikel von Hansjörg Biener 21.09.07)

BOUGAINVILLE

Lösung für „Klimaflüchtlinge“

Die Evakuierung der zur autonomen Provinz Bougainville gehörenden Carteret Islands ist beschlossene Sache. Die rund 2.000 Menschen auf den fünf Atollen, die nach dem britischen Navigator Philip Carteret benannt sind, sollen auf die Insel Bougainville umziehen. Die Atolle in Form eines Hufabdrucks verfügen nur über eine Landfläche von 0,6 Quadratkilometer, ihr höchster Punkt liegt 1,50 m über dem Meeresspiegel. Die über 20 Jahre andauernden Versuche der Bewohner, die extrem niedrig gelegenen Atolle vor den Auswirkungen des Klimawandels wie Überschwemmungen, Sturmfluten und Versalzen des Trinkwassers zu schützen, sind gescheitert. Nachdem in den letzten Jahren vereinzelt Bewohner die Insel verließen und an die Nordküste von Papua-Neuguinea umsiedelten, hat die Regierung von PNG nun die völlige Evakuierung der Insel in Aussicht gestellt und dafür endlich auch die benötigten Gelder versprochen. Rund zwei Millionen Kina aus einem eigens eingerichteten „Klimawandel-Aktionsfonds“ sollen zur Verfügung gestellt werden.

Die „Tulele Peisa Association“ (TPA) unter Präsidentschaft von Ursula Rakova arbeitet seit Jahren an der Umsiedlung der Bewohner. Sie hat eine Prioritätenliste für die nächsten sechs Monate aufgestellt. Das so genannte „Carterets Relocation Programme“ sieht eine Reihe von Aktivitäten vor, um die Öffentlichkeit für diese ersten „Klimaflüchtlinge“ zu sensibilisieren und Gelder für die Umsiedlung zu beschaffen. Im Rahmen ihrer Kampagnenarbeit haben Mitglieder der TPA kürzlich eine Aktionsreise nach Australien durchgeführt, wo sie in verschiedenen Städten mit einer „Carteret Islands Sinking Tour“ auf ihre Probleme aufmerksam machten und über die Auswirkungen des Klimawandels auf niedrige Atolle informierten.

Ursula Rakova nannte als oberste Priorität den Ankauf von Land auf Bougainville speziell für die Bewohner der Carterets. Man habe sich schon etliche Male mit lokalen Landeignern auf der Insel Buka (Bougainville) getroffen, aber noch sei die erworbene Landfläche nicht ausreichend für alle Bewohner der Atolle. Die TPA plant eine eigene „Carterets Siedlung“ nur mit den evakuierten Bewohnern. Für ihre Identität als Atollbewohner sei es sehr wichtig, zusammenzubleiben und eine eigene unabhängige Gemeinschaft zu bilden, erklärte Rakova. Die TPA setzt sich daher auch für den Bau eigener Schulen, Gesundheits- und Gemeindeeinrichtungen ein. Man benötige eine eigene Verwaltung sowie eigene Sport- und Aufenthaltsräume, forderte die TPA. Rakova hofft, dass die versprochenen Regierungsgelder schnell fließen, und sie die Umsiedlung aller noch verbleibender Bewohner in den nächsten fünf Jahren abschließen kann. (The National 17.10., 30.10.07, <http://web.mac.com/pipstarr/iWeb/starr.tv/starr.tv.html>, Interview von Pip Star mit Ursula Rakova 01.11.07)

SALOMONEN

Pazifikweit bestes Gesundheitssystem

Zum Staat mit dem besten Gesundheitssystem in Ozeanien hat die Weltgesundheitsorganisation (World Health Organisation, WHO) die Salomon-Inseln erklärt. Im Ranking der 193 WHO-Mitgliedsstaaten stehen die Salomonen auf Rang 80, dicht gefolgt von Palau auf Platz 82. Der salomonische Gesundheitsminister Clay Forau erklärte das gute Abschneiden seines Landes mit dem kostenlosen Zugang aller Bürger zu medizinischen Dienstleistungen sowie zu Medikamenten. Forau sagte, dass die australische Entwicklungshilfeorganisation AusAID sowie die Republik Taiwan den Gesundheitssektor sehr finanzstark unterstützten.

An der Spitze des WHO-Ranking steht Frankreich, gefolgt von Italien, San Marino, Andorra und Malta. Auch Australien (Rang 32) und Neuseeland (Rang 41) schnitten gut ab. Das Gesundheitssystem in weiteren pazifischen Staaten wurde jedoch relativ schlecht bewertet. Fidschi kam auf Rang 96, Nauru auf 98, die Cook-Inseln auf 107, Samoa auf Rang 119, Niue auf 121. Schlusslicht der ozeanischen Staaten wurden Kiribati auf Rang 142 und Papua-Neuguinea auf Rang 148.

Die Weltgesundheitsorganisation ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen (UN) mit Sitz in Genf. Sie wurde 1948 gegründet und arbeitet als UN-Koordinationsbehörde für das internationale öffentliche Gesundheitswesen.

Ende August veröffentlichte die WHO den „Weltgesundheitsbericht 2007“ (World Health Report) unter dem Titel „A safer future - Global Public Health Security in the 21st century“. Der Bericht berücksichtigt bei seinem Ranking u.a. die Höhe staatli-

cher Gelder für den Gesundheitssektor, die Zugänglichkeit zu Ärzten und Medikamenten sowie das durchschnittliche Lebensalter der Bevölkerung.

(ABC 10.09.07, Radio New Zealand 09.09.07, http://www.who.int/whr/2007/whr07_en.pdf)

Weltbank unterstützt ländliche Entwicklung

Im Rahmen der Implementierung der von der Weltbank geförderten „Solomon Islands Agricultural and Rural Development Strategy“ hat die erste Phase des „Rural Development Project“ (Entwicklung des ländlichen Raumes, RDP) begonnen. Das RDP ist Bestandteil einer auf Jahre angelegten Strategie zur Entwicklungshilfe, auf die sich die Salomonen und die Weltbank im April des Jahres geeinigt hatten. So soll die Wirtschaft angekurbelt werden, Jobs für die junge Bevölkerung geschaffen sowie Einkommensmöglichkeiten außerhalb der Städte erschlossen werden.

Die Weltbank subventioniert das RDP mit 3,2 Millionen US Dollar. Das Projekt umfasst die vier Bereiche 1) Entwicklung der lokalen Infrastruktur für die An- und Ablieferung von Waren, 2) Verbesserung der Landwirtschaft, 3) Entwicklung kleinerer Wirtschaftsbetriebe sowie 4) das Programm-Management. Zunächst ist das auf die Jahre 2007 bis 2012 angelegte Projekt auf die Provinzen Choiseul, Western, Malaita und Temotu beschränkt, soll aber dann auf alle Provinzen ausgeweitet werden.

Neben der Weltbank unterstützen auch die Europäische Kommission, AusAID und die Regierung der Salomonen die Strukturentwicklung. Rund 84 % der Solomon Islander leben auf dem Land. (<http://web.worldbank.org/>, *Solomon Times* 13.09.07)

FIDSCHI

Verhaftungen von Dissidenten

Nachdem am 3. November in Suva insgesamt 16 Menschen, darunter der frühere Kommandeur der Landstreitkräfte Colonel Jone Baledrokadroka und der neuseeländische Millionär Ballu Khan, wegen Verdachts auf Verschwörung gegen die Regierung Bainimarama verhaftet wurden, erhob die Polizei bereits am darauffolgenden Tag Anklage gegen sechs der Inhaftierten. Den Beschuldigten wird vorgeworfen, Morde an Interimspremier Frank Bainimarama, einigen seiner Kabinettsmitglieder wie dem Finanzminister Mahendra Chaudry und dem Generalstaatsanwalt Aiyaz Sayed-Khaiyum sowie führenden Militärs geplant zu haben. Die Anklagepunkte umfassen Verrat, Anstiftung zum Aufruhr und Verschwörung zum Mord. Police Commissioner Esala Teleni erklärte, dass Berichten des Geheimdienstes zufolge einige ehemalige Mitglieder der „Counter Revolutionary Army“, einer mittlerweile aufgelösten Spezialeinheit des Militärs, an der Verschwörung beteiligt seien. Einer der 16 Inhaftierten wurde laut Polizeiberichten freigelassen. Der Verdacht auf Verrat (eng. „treason“) bestätigte sich nach ersten Ermittlungen nicht, doch blieben die Inhaftierten weiter in Gewahrsam.

Neben dem neuseeländischen Millionär Khan gehört sein Mitarbeiter Sivaniolo Naulago, ebenfalls Neuseeländer, zu den Gefangenen. Da beide Neuseeländer sich gegen ihre Verhaftung wehrten, gebrauchte die Polizei massive Gewalt. Die beiden wurden so schwer verletzt, dass sich die neuseeländische Premierministerin Helen Clark mit der Bitte um Klärung der Ereignisse an die fidschianische Interimsregierung wandte. (*Reuters* 05.11.07, *One News* 06.11.07, *AAP* 07.11.07, <http://www.fijilive.com>)

NEUKALEDONIEN

Erste Polizeichefin

Erstmals steht eine Frau an der Spitze der neukaledonischen Polizei. Die 51-jährige Noelle Deraime aus Frankreich trat Anfang September ihren Dienst als Bereichsleiterin für die öffentliche Sicherheit an. Zuvor war sie Chefin der Polizei auf der ebenfalls zu Frankreich gehörenden Insel La Réunion im Indischen Ozean. Frau Deraime sagte auf die Frage hin, ob ihr Geschlecht ein Problem sei, das Wichtigste bei der Bewältigung der Aufgaben sei Persönlichkeit, nicht aber das Geschlecht.

Zeitgleich mit Deraime trat auch der neue Oberkommandierende der französischen Armee auf Neukaledonien (Forces Armées de la Nouvelle-Calédonie, FANC) seinen Dienst an. Auch General Martial de Braquilanges wurde zunächst für einen Zeitraum von zwei Jahren ins Amt berufen. Zuletzt war der General der Oberkommandierende der Streitkräfte in Französisch-Polynesien, er bringt also bereits „pazifische Expertise“ mit. (<http://www.forcesarmees.nc/f>, Oceania Flash 05.09.07)

Pressefreiheit stark eingeschränkt

Am 16. Oktober hat „Reporter ohne Grenzen“ (ROG) ihre sechste Rangliste zur weltweiten Situation der Pressefreiheit veröffentlicht. Unter den 167 Ländern, die von der Organisation ausgewertet wurden, befinden sich als einzige pazifische Staaten Fidschi und Tonga. Beide bekamen ein schlechtes Ranking. Fidschi kam auf Rang 107, Tonga gar auf Rang 119.

Die ROG begründete das Ranking für Fidschi wie folgt: „In Fidschi herrschte mehrere Wochen lang ein gespanntes Verhältnis zwischen Armee und Medien; ein ausländischer Re-

porter wurde ausgewiesen. Seitdem richtet sich der Druck vor allem gegen kritische Stimmen im Internet.“ (Zitat)

Schlusslichter bei der Pressefreiheit sind nach wie vor Eritrea, Nordkorea und Turkmenistan. An der Spitze stehen auch in diesem Jahr mit Island, Norwegen und Estland nordeuropäische Länder. Deutschland ist auf Rang 20. Länder wie Malaysia (124.), Ägypten (146.) und Vietnam (162.) haben die Zensur des Internets verschärft und sind abgerutscht.

Info: Die Nichtregierungsorganisation „Reporter ohne Grenzen“ wurde 1985 in Frankreich gegründet. Mit weltweit über 100 Korrespondenten, fünf Büros und neun Sektionen handelt es sich um die größte Menschenrechtsorganisation, die sich für das Recht auf freie Meinungsäußerung einsetzt. Sie hat Beraterstatus beim Europarat, bei dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen sowie bei der UNESCO.

Auf ihrer Internetseite veröffentlicht die ROG täglich die Situation von Journalisten weltweit. So wurden seit dem 1. Januar 2007 81 Journalisten und 11 Medien-Assistenten getötet, 128 Journalisten und 6 Medien-Assistenten sind derzeit inhaftiert, 64 Online-Dissidenten wurden verhaftet (Stand: 26.11.07).

(Flash d'Océanie 23.11.07, <http://www.reporter-ohne-grenzen.de/rangliste-2007.html>)

MIKRONESIEN

Ratifizierung des Kernwaffenteststopp-Vertrags

Palau: Am 1. August 2007 ratifizierte die Republik Palau den Kernwaffenteststopp-Vertrag (Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty, CTBT). Am 4. September dieses Jahres hat die

Dominikanische Republik den Vertrag ratifiziert, so dass nun 140 Ratifikationen vorliegen. Bislang haben 177 Staaten den Vertrag unterzeichnet, jedoch ist er noch nicht in Kraft getreten. Der Vertrag wurde von der Genser Abrüstungskonferenz ausgearbeitet und am 14. September 1996 mit 158 von 173 Stimmen von der UN-Generalversammlung angenommen. Damit der Vertrag in Kraft treten kann, muss er von 44 Staaten, die in der Anlage 2 des CTBT angeführt sind, ratifiziert worden sein. Diese 44 Länder nutzten 1996 laut Angaben der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) Atomenergieanlagen und verfügten somit über die Kernwaffentechnologie. Bis heute haben allerdings nur 34 der 44 Nuklearstaaten den Vertrag ratifiziert. Es fehlen Ägypten, die VR China, Indonesien, Iran, Israel, Kolumbien, die USA, Indien, Pakistan und Nordkorea, wobei der Vertrag von den drei letzteren noch nicht unterschrieben worden ist.

Der CTBT verbietet alle nuklearen Explosionen, jedoch nicht die sog. „subkritischen Tests“, bei denen unter Laborbedingungen die Reaktion kleiner Mengen waffenfähigen Plutoniums getestet wird. Das Inkrafttreten des Vertrags wird von der „Vorbereitenden Kommission für die Organisation des Vertrages über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen“ (CTBTO) vorbereitet. Die unabhängige Organisation der Vereinten Nationen mit Sitz in Wien beaufsichtigt und koordiniert die Entwicklung des Internationalen Überwachungssystems und des Internationalen Datenzentrums und bietet Unterzeichnerstaaten spezielle Trainings an. Das Verbot von Testexplosionen ist eine Säule des internationalen nuklearen Nichtverbreitungsregimes und wesentliche Grundlage für die Fortsetzung der nuklearen Abrüstung. Die Überwachung erfolgt über 170 seismische, 60 Infraschall- und 11 hydroakustische Stationen, die die von einer

Nuklearexplosion ausgelösten seismischen und akustischen Wellen wahrnehmen. Die Explosion muss mindestens eine Stärke von einer Kilotonne aufweisen, um sie nachweisen zu können. 80 radionuklide Überwachungsstationen untersuchen Luftproben auf das Vorkommen radioaktiver Substanzen. In Palau befindet sich die Infraschallstation IS39, die Daten an das Internationale Datenzentrum in Wien sendet. Diese Daten werden an die Mitgliedsstaaten weitergegeben, jedoch auch an Staaten, die den Vertrag noch nicht ratifiziert haben. Bleibt zu hoffen, dass sich die USA, als einer der intensivsten Nutzer dieser Daten, bald dazu durchringen können, den Vertrag zu ratifizieren und so ein zukunftsweisendes Zeichen zu setzen. (Artikel von Katja Göbel. Quelle: CTBTO - Press Release 07.08.07)

† Gabriela Ngirmang

Palau: Am 10. Oktober starb im Alter von 84 Jahren die Mirair Gabriela Ngirmang. (Anmerkung der Redaktion: „Mirair“ ist ein Ehrentitel für eine hochrangige Frau im Osten des Staates Koror). Ngirmang hatte über 50 Jahre hinweg die Frauenorganisation „Otil A Beluad“ (dt. „Der Anker des Landes“) geleitet, die sich in den 1970er Jahren erfolgreich für eine atomwaffenfreie Verfassung des Inselstaates eingesetzt hatte.

Nach den schweren Kämpfen zwischen den USA und Japan während des Zweiten Weltkrieges kamen die Palau-Inseln 1947 als ein Distrikt des UNO-Treuhandgebiets „Pazifik-Inseln“ unter die Kontrolle der Vereinigten Staaten. Im Jahr 1978 stimmten die Bürger von Palau gegen die Beteiligung an den 1979 gebildeten „Föderierten Staaten von Mikronesien“ und für die Unabhängigkeit ihrer Inseln. Rekordverdächtige 92 % der Bürger Palaus sprachen sich damals für eine nuklearfreie Verfassung aus. Der damalige ‚Hauptling‘ Ibedul Gibbons kämpfte in den folgenden Jahren

um das Recht seines Volkes, den USA als Protektoratsmacht die Stationierung von Atomwaffen verfassungsrechtlich zu untersagen. Der Frauenorganisation „Otil A Beluad“ unter Ngirmang gelang es, eine Klausel in der Verfassung zu verankern, nach der 75 % aller Wähler zustimmen müssen, wenn Atomwaffen auf Palau gelagert werden sollen.

Palau wurde am 1. Oktober 1994 unabhängig, nachdem die Regierung auf Druck der USA einen Assoziierungsvertrag („Compact of free Association“) mit den USA unterzeichnet hatte. Der Passus über Palau als atomwaffenfreie Zone wurde aus der Verfassung gestrichen, die USA blieben für die Verteidigung und Außenpolitik der Republik zuständig. Als Gegenleistung verpflichteten sich die USA, in den nächsten 15 Jahren an die 480 Millionen US-Dollar in die Wirtschaft der Inseln zu investieren.

Die Frauen der „Otil A Beluad“ hatten bis zuletzt zu verhindern versucht, dass Palau den Assoziierungsvertrag mit den USA unterzeichnet. Sie bemängelten an dem bis zum Jahr 2044 geschlossenen Vertrag vor allem die militärischen Nutzungsrechte der USA an Land und Meer der Palau-Inseln. Unter Leitung von Ngirmang reichten 50 führende Frauen Klage gegen ihre eigene Regierung ein, scheiterten jedoch an den (männlichen) Richtern. Auch eine Klage in Hawai‘i blieb erfolglos.

Im Jahr 2005 wurde Gabriela Ngirmang für ihren Einsatz gegen die Militarisierung des Pazifiks und für den Frieden von der Schweizer Kampagne „1.000 Frauen für den Frieden“ als „Friedensfrau“ ausgezeichnet.

1983 erhielt das Volk von Palau für die Durchsetzung seiner demokratischen und souveränen Rechte auf eine nuklearwaffenfreie Zone den alternativen Nobelpreis. (Nachruf Dr. Zohl de Ishtar 10.10.07, <http://www.1000peacewomen.org>)

Wahl-Chaos auf den Marshallinseln

Marshall-Inseln: Am 19. November fanden auf den Marshall-Inseln zum achten Mal die Wahlen zum Unterhaus des Parlaments, der sog. Nitijela, statt. Die schlecht organisierte Abstimmung verlief weitestgehend chaotisch, und zahlreiche Probleme verhinderten insbesondere auf Majuro einen geregelten Ablauf der Wahlen.

Laut Gesetz hätten die Wahllokale von 7 bis 19 Uhr geöffnet sein müssen. In vielen Wahllokalen war die Stimmabgabe jedoch erst ab Mittag oder Nachmittag möglich. Die Wähler mussten infolgedessen mehrere Stunden vor den Wahllokalen ausharren. Als Grund für die Verzögerungen wurden seitens der marshallischen Wahlkommission das schlechte Wetter (Regenfälle & Sturm) sowie logistische Probleme (teilweise fehlten Stühle und Tische) genannt. Weitere Probleme entstanden, da die Wahlzettel aufgrund nicht ausreichend vorhandener Fahrzeuge zu spät an die Wahllokale ausgeliefert wurden. Durch den verzögerten Beginn der Wahlen konnten die letzten Wahllokale erst um 5 Uhr morgens am darauffolgenden Dienstag geschlossen werden.

Die ohnehin chaotischen Umstände wurden durch die Tatsache verschlimmert, dass sich einige Wahllokale trotz regnerischen Wetters unter freiem Himmel befanden und keine Beleuchtung für die nächtliche Abstimmung vorhanden war. Doch damit nicht genug. Zahlreiche Wähler beklagten sich über die unklaren Anordnungen der Wahlhelfer. So musste ein Teil der Wähler in Majuro ihre Namen auf den Umschlag mit den bereits ausgefüllten Wahlzetteln schreiben – ein Verstoß gegen das Recht auf geheime Wahl.

Auf den äußeren Inseln verlief die Abstimmung in vergleichsweise geordneten Bahnen, ob-

gleich teilweise zu wenige Wahlzettel ausgeliefert wurden. Auf Weisung der Wahlkommission mussten deshalb Photokopien angefertigt werden.

Ein nicht unerheblicher Grund für das Wahl-Chaos ist das kürzlich geänderte Wahlsystem der Marshall-Inseln. Früher mussten die Wähler ihre Stimmen nach Atollen geordnet abgeben. Bei dieser Wahl konnte jedoch jeder Wähler in jedem beliebigen Wahllokal wählen.

Tony Muller, ein früherer Stadtrat von Majuro, bezeichnete die Wahlen als die „schlechtesten aller Zeiten“. Das Marshall Islands Journal titelte passend dazu „Election FIASCO“.

Erste Prognosen sagen einen möglichen Sieg der Opposition voraus. Das endgültige Ergebnis der Wahl ist unterdessen erst Anfang Dezember zu erwarten, da es auch bei der Auszählung der Stimmen zu Problemen und Verzögerungen kam. (Artikel von Martin Mühlbauer. Quellen: Marshall Islands Journal 23.11.2007, www.marshallinseln.org 27.11.2007)

POLYNESIEN

WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOK-INSELN

Samoa recycelt Müll aus Tokelau

Samoa: Die tokelauische Regierung hat mit dem samoanischen Ministerium für Natürliche Ressourcen und Umwelt eine Absichtserklärung unterzeichnet, den wiederverwertbaren Müll aus der neuseeländischen Kolonie in Samoa zu deponieren. Die drei tokelauischen Atolle sind so klein, dass es kaum Möglichkeiten gibt, Müll zu lagern. Mose Pelasio, Direktor für Umweltfragen in Tokelau, bezeichnete den Status der Abfallbeseitigung in

seinem Land als kritisch. Der Müll wird voraussichtlich mit einem Schiff der samoanischen Regierung abtransportiert werden, das Tokelau in regelmäßigen Abständen anläuft. (Radio New Zealand International 13.10.2007, www.tokelau-info.de 28.11.2007)

Partnerschaftsabkommen mit ADB

Tonga: Die Regierung von Tonga hat Mitte November mit der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) ein Partnerschaftsabkommen für die kommenden fünf Jahre bis 2012 geschlossen. Die ADB stellt in diesem Fünfjahreszeitraum insgesamt 21,3 Millionen US Dollar zur Verfügung. Damit sollen vor allem die Infrastruktur im Königreich sowie der Privatsektor ausgebaut werden. Die Entwicklungshilfe durch die ADB soll auch die marode Wirtschaft des Staates ankurbeln, die in den letzten zehn Jahren kein Wachstum verzeichnen konnte. Die ADB will Tonga auch bei der Bekämpfung der Armut unterstützen.

Die mulilaterale Entwicklungsbank ADB mit Sitz in Manila (Philippinen) hat Tonga seit seiner Aufnahme als Mitgliedsstaat 1972 mit 57,79 Millionen US Dollar unterstützt.

(Flash d'Océanie 15.11.07, <http://www.adb.org/Tonga/default.asp>)

Tong im Amt bestätigt

Kiribati: Der seit dem 10. Juli 2003 amtierende Präsident von Kiribati, Anote Tong, ist bei den Wahlen am 17. Oktober in seinem Amt bestätigt worden. 64,18 % stimmten für Tong, rund 8.000 für seinen Kontrahenten Nabuti Mwemwenikarawa. Insgesamt waren 43.042 der etwa 102.000 Einwohner stimmberechtigt. Dr. Harry Tong, der Bruder des Präsidenten und zugleich Chef der Oppositionspartei „Mwaneaban te Mauri“ zweifelte das Wahlergebnis an, da die Wahlbeteiligung bei

knapp 50 % lag (24.568 gültige Stimmen). Er konnte sich jedoch nur insofern durchsetzen, dass bei 26 der 44 zu wählenden Abgeordneten ein zweiter Wahlgang nötig wurde, weil sie im ersten Durchgang nicht die absolute Mehrheit erreichten. Harry Tong hatte zuvor zu einem Wahlboykott aufgerufen, da sowohl er als auch der Oppositionelle Tetaua Taitai nicht als Kandidaten nominiert waren.

Anote Tong (Partei „Boutokan te Koaua“) stellte sein Kabinett kaum um. So blieben zehn Minister seines vorherigen Kabinetts im Amt. Sieben von ihnen behielten ihre Ministerien, die drei anderen wurden mit neuen ministeriellen Verantwortlichkeiten betraut. Vier Minister berief Tong neu in das 44-sitzige Parlament des polynesischen Inselstaates. Erstmals denkt Präsident Tong auch öffentlich darüber nach, sein Kabinett um ein weiteres Ministerium aufzustocken. Noch gibt es kein Ministerium für Frauen, Familie und Sport in Kiribati.

Der 1952 geborene Tong ist von Beruf Volkswirt. Mit seiner zupackenden Art und seinem Sachverstand in Fragen des Klimawandels hat er sich sowohl beim „Pacific Islands Forum“ als auch in Gremien der Vereinten Nationen ein hohes Ansehen erworben. Tong setzt sich weltweit für die Bekämpfung des Klimawandels ein. „Sein“ Staat ist mit seinen über 30 niedrig gelegenen Atollen auf einer Wasserfläche von 3,5 Millionen Quadratkilometern besonders von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen.

Der ursprünglich aus einer chinesischen Familie stammende Anote Tong ist verheiratet und hat sieben Kinder. (Flash d'Océanie 19.10., 24.10.07, ABC 18.10.07, Islands Business November 2007, Wikipedia)

Frz. Minister besucht Wallis und Futuna

Wallis und Futuna: Erstmals hat ein französischer Minister die Insel Futuna im Rahmen eines dreitägigen Besuches in den französischen Überseegebieten Wallis und Futuna besucht und dort auch übernachtet. Christian Estrosi machte den Zwischenstopp auf dem Weg in die tonganische Hauptstadt Nuku'alofa, wo er mit einer französischen Delegation am Gipfeltreffen des „Pacific Islands Forum“ teilnahm. Minister Estrosi traf in Futuna die beiden Könige von Alo und Sigave. [Anmerkung Lorenz Gonschor: Die interne politische Verwaltungsstruktur des Gebiets ist gänzlich traditionell, mit drei Königen (ein Königreich auf Wallis, zwei auf Futuna), Distrikthäuptlingen und Dorfhäuptlingen. Politische Parteien im westlichen Sinne gibt es nicht, sondern nur Allianzen von Familien, die sich dann mit bestimmten frz. Parteien (UMP, Sozialisten etc.) identifizieren.)

Er nahm außerdem die Grundsteinlegung des Neubaus einer Landepiste am Flughafen in Vele vor. Bisher kann Futuna nur von einer zwölf-sitzigen DHC6 Twin-Otter angefliegen werden. Estrosi diskutierte auch mit den Verantwortlichen die Ausrichtung der „South Pacific Mini Games“, einem sportlichen Wettkamp, der in 2013 auf Wallis und Futuna ausgetragen wird.

Christian Estrosi, geb. 1955, machte zunächst Karriere im Motorsport, bevor er in die Politik einstieg. Der Vater zweier Mädchen ist Präsident in der Départementvertretung der Region Alpes-Maritimes und seit Juni 2007 als Staatssekretär im Innenministerium für die Überseegebiete verantwortlich.

Wallis und Futuna ist ein französisches Überseegebiet (*Collectivité d'outre-mer*, C.O.M.) nordöstlich von Fidschi. Das Territorium umfasst die zwei Inselgruppen der Wallis-Inseln mit der Hauptinsel Uvéa im Nordosten und der Horn-Inseln mit den Hauptinseln Futuna und Alofi im Südwesten. Die beiden Inselgruppen liegen etwa 200 km

voneinander entfernt. 67 % der Bevölkerung leben auf der Insel Wallis, 33 % auf der Insel Futuna. Die große Mehrheit der Bewohner sind Polynesier, eine kleine Minderheit sind die Nachfahren der französischen Eroberer. Mehr als 16.000 Wallisianer und Futunianer leben als Auswanderer in Neukaledonien. (<http://www.uvea-mo-futuna.com>, *Oceania Flash* 27.09.07, <http://www.fr.wikipedia.org>, <http://www.wallis.co.nc/assemblee.ter/>, Email Lorenz Gonschor 13.11.07)

FRZ.-POLYNESIEN PITCAIRN RAPA NUI

Tong Sang durch Misstrauensvotum gestürzt: Temaru erneut Präsident

Der seit Dezember 2006 amtierende pro-französische Präsident Gaston Tong Sang ist Ende August durch ein Misstrauensvotum der Versammlung Französisch-Polynesiens gestürzt worden. Zuvor hatte sich der Vorsitzende der regierenden Partei Tahoereaa Huiraatira, Gaston Flosse, mit Tong Sang überworfen und Verhandlungen mit Oppositionsführer Oscar Temaru begonnen, was zur Spaltung der Partei führte. Nachdem Temarus Fraktion den Misstrauensantrag einbrachte, stimmte ein Teil der Tahoeraa-Fraktion dafür, so dass die Regierung Tong Sang schließlich mit einer klaren Mehrheit von 35 Stimmen zu Fall gebracht wurde. Zur darauffolgenden Neuwahl des Präsidenten am 13. September ließen sich neben Amtsinhaber Tong Sang Oscar Temaru für die oppositionelle UPLD und Flosses Schwiegersohn Edouard Fritch für die Tahoeraa als Kandidaten aufstellen. Im ersten Wahlgang erreichte keiner der drei eine absolute Mehrheit, aber in der zweiten Runde reichte eine relative Mehrheit aus, so dass Temaru mit 26 Stimmen zum neuen Präsidenten gewählt wurde. Flosse gratulierte ihm mit einem in den Farben seiner Partei ge-

haltenen Blütenkranz, und Temaru dankte ihm für seine indirekte Unterstützung in der Wahl. Wenige Tage später präsentierte er sein neues Kabinett aus 16 Ministern, die überwiegend identisch mit denen seiner letzten Regierung vom vorigen Jahr sind. Flosses Tahoeraa weigerte sich, an der neuen Regierung teilzunehmen, so dass es sich um eine Minderheitsregierung der UPLD handelt, aber man einigte sich informell auf ein Tolerierungsmodell. Kurze Zeit nach der Konsolidierung der neuen Machtverhältnisse trat Tong Sang endgültig aus der Tahoeraa aus, gründete Ende September seine eigene Partei mit dem Namen *O Porinetia to tatou ai'a* (Polynesien ist mein Land) und beschloss, mit mehreren anderen pro-französischen Splitterparteien ein Wahlbündnis zu schließen. In Folge traten mehrere Ortsverbände der Tahoeraa zu Tong Sangs neuer Partei über, aber insgesamt scheint die Mehrheit der Tahoeraa hinter Flosse zu stehen. Die erneute Umkämpfung der politischen Szene nach wenigen Monaten, insbesondere die verwunderlich erscheinende Allianz der jahrzehntelangen Erzfeinde Flosse und Temaru gegen Flosses Ex-Vertrauten Tong Sang, aber ebenso auch diverse Korruptionsskandale in allen drei Lagern, trugen dazu bei, dass das Ansehen der tahitischen Politiker in der Bevölkerung mittlerweile auf einem Tiefpunkt steht. (Artikel von Lorenz Gonschor, *Hawaii*. Quellen: *Les Nouvelles de Tahiti*, *La Dépêche de Tahiti*, *Tahitipresse*, *Tahiti Pacifique*)

Neues Statut beschlossen

Als Reaktion auf die beständige politische Instabilität (vier Regierungswechsel durch Misstrauensvoten seit den letzten Wahlen von 2004) beschloss die französische Regierung unter Federführung des Staatssekretärs für Überseegebiete Christian Estrosi im August, das seit 2004 gültige erweiterte Autonomiestatut Französisch-

Polynesiens neu zu überarbeiten. Vorgesehen ist die Abschaffung des Misstrauensvotums in der bisherigen Form ohne automatische Neuwahl eines Präsidenten. Zukünftig kann eine Landesregierung nur noch durch ein konstruktives Misstrauensvotum, das heißt die gleichzeitige Neuwahl eines neuen Präsidenten, gestürzt werden (ähnlich wie im Grundgesetz der BRD, wo ein Bundeskanzler ebenfalls nur durch ein konstruktives Misstrauensvotum gestürzt werden kann, nach den fatalen Erfahrungen mit destruktiven Misstrauensvoten in der Weimarer Republik). Des Weiteren soll die Neuwahl des Versammlungspräsidenten nicht mehr jedes Jahr, sondern nur einmal für die gesamte Legislaturperiode stattfinden, da die jährliche Neuwahl dieses Postens ebenfalls jedes Mal politische Unruhe ausgelöst hatte. Ebenfalls in der Gesetzesvorlage enthalten ist eine drastische Veränderung des Wahlsystems: Die Wahlen zur Landesversammlung sollen in Zukunft nicht mehr wie bisher in einem, sondern in zwei Wahlgängen stattfinden. Parteilisten, die im Ersten Wahlgang mehr als 12,5 % erhalten, können an der zweiten Runde teilnehmen, und solche, die mehr als 5 % erhalten haben, können für die zweite Runde mit einer der größeren Listen fusionieren. Von dieser Reform erhofft sich Paris Wahlergebnisse mit stabileren Mehrheiten. Die Wahlrechtsreform soll schnellstmöglich implementiert werden, und vorgezogene Neuwahlen bereits im Januar nächsten Jahres stattfinden. Des Weiteren ist vorgesehen, die bisher unzureichenden Kontrollmechanismen für die von Paris an die Landesregierung gegebenen Subventionen zu verschärfen, um der weithin üblichen Korruption und Geldveruntreuung Einhalt zu gebieten. Der französische Rechnungshof und der lokale französische Hochkommissar sollen deshalb ausgedehnte Aufsichtsbefugnisse über die Finanzen der Landesregierung erhalten.

Nach Ankündigung der Reformpläne konsultierte Estrosi in den folgenden zwei Monaten zahlreiche lokale Politiker und erhielt gemischte Reaktionen. Während Ex-Präsident Tong Sang und mehrere mit ihm verbündete profranzösische Splitterparteien die Reform begrüßten, stieß sie bei den beiden großen Parteien, Präsident Temarus UPLD und Senator Flosses Tahoeraa, auf entschiedene Ablehnung. Die Landesversammlung lehnte in einer Stellungnahme Anfang Oktober den Reformvorschlag mit deutlicher Mehrheit ab. Sowohl Flosse als auch Temaru verurteilten die Gesetzesvorlage als einen an die vergangenen Zeiten des Kolonialismus erinnernden Eingriff in die Autonomie des Landes und forderten außerdem, die Neuwahlen nicht vor Mitte nächsten Jahres abzuhalten, und keinesfalls vor den Kommunalwahlen im März. Allen Protesten zum Trotz wurde Estrosis Gesetzesvorlage aber Ende Oktober vom Pariser Ministerrat beschlossen und ins Parlament eingebracht. Am 12. November wurde sie im Senat, und am 22. November in der Nationalversammlung mit den Stimmen der regierenden UMP von Präsident Sarkozy gegen die Stimmen der oppositionellen Sozialisten angenommen. Die Französisch-Polynesien vertretenden Parlamentarier, Gaston Flosse als Senator und Bruno Sandras (Tahoeraa) als einer der beiden Abgeordneten, stimmten als einzige der UMP-Fraktion gegen die Vorlage, woraufhin Präsident Temaru ihnen gratulierte und meinte, sie hätten jetzt endlich begriffen als Polynesier zu handeln, und nicht wie bisher als französische Politiker. *(Artikel von Lorenz Gonschor, Hawai'i. Quellen: Les Nouvelles de Tahiti, La Dépêche de Tahiti, Tahiti Pacifique, TahitiPresse)*

Pan-Polynesisches Treffen der Königsfamilien

Mitte September fand auf dem Gelände des Marae Taputapuatea auf der Insel Raiatea das

erste Treffen der Königsfamilien und traditionellen Führungsfiguren des polynesischen Dreiecks seit etwa 600 Jahren statt. Bis zum 14. oder 15. Jahrhundert war dieser Marae (traditioneller Kultplatz) das kulturelle und politische Zentrum Ostpolynesiens und damit Ausgangspunkt von Entdeckungs- und Besiedlungsfahrten bis nach Neuseeland und Hawai'i. Die vor drei Jahren gegründete Vereinigung der königlichen Traditionsräte Französisch-Polynesiens mit dem Name *Na Huiarii Mata Ara E Pae* unter der Führung des Nachfahren der tahitischen Königsfamilie Teriihinoiatua Joinville Pomare hatte es sich zum Ziel gemacht, diese Tradition wiederzubeleben und alle Königsfamilien Polynesiens zusammenzubringen. Mit Unterstützung der Landesregierung unter dem damaligen Präsidenten Gaston Tong Sang sowie zahlreicher lokaler Unternehmen, hatte Pomares Organisation traditionelle Führungsfiguren aus allen polynesischen Inselstaaten und -territorien eingeladen. Als Gäste anwesend waren unter anderem der Maori-König Tuheitia, das Oberhaupt des Maori-Stammes Ngati Tuwharetoa und Vorsitzende des Welterbekomitees der UNESCO Tumu Te Heuheu, die Präsidentin des Oberhauses der Cook-Inseln Ada Rongomatane Ariki, mehrere andere traditionelle Oberhäupter von Rarotonga sowie der Premierminister der Cook-Inseln Jim Marurai, die Prinzessin Malia Kulimoetoke aus 'Uvea (Wallis), ein Rednerhäuptling von Futuna, und zahlreiche Abkömmlinge der Adelsfamilien der Insel Rapa Nui (Osterinsel). Ebenfalls anwesend waren zwei kanakische Stammesoberhäupter und Mitglieder des Traditionssenats Neukaledoniens. Das Staatsoberhaupt Samoas Tuiaua Tupua Tamasese Efi und ein Vertreter des Königreichs Tonga, sowie Mitglieder der königlichen Familie Kawānanakoa aus Hawai'i hatten ihre bereits zugesagte Teilnahme kurzfristig abgesagt, weil Gaston Flosse und

Oscar Temaru gemeinsam eine diplomatische Note an alle ausländischen Gäste geschickt hatten, in der sie von der Teilnahme an der Veranstaltung abrieten. Hintergrund war die gerade stattfindende Ablösung Tong Sangs durch Temaru mit Flosses Unterstützung und die Furcht dieser beiden, das von Tong Sang unterstützte Treffen könne letzterem in letzter Minute neuen politischen Auftrieb geben. Während Tong Sang (der von der königlichen Familie der Insel Bora-Bora abstammt) an seinem letzten Amtstag an einer Kava-Zeremonie auf dem Tempelgelände zur Eröffnung des Treffens teilnahm, weigerte sich Temaru zunächst, den von Tong Sang geplanten Empfang der Adelsgäste im Präsidentenpalast von Pape'ete drei Tage später abzuhalten, ließ ihn dann aber schließlich doch stattfinden. Während des dreitägigen Treffens auf Raiatea wurden zahlreiche protokollarische Zeremonien durchgeführt und in anschließenden Diskussionen erörtert, wie die traditionellen Oberhäupter und Nachfahren der königlichen Familien zur Erhaltung und Weiterführung des kulturellen Erbes Polynesiens beitragen können. Am Ende wurde in einer feierlichen Zeremonie ein Gedenkstein eingeweiht, zu dem jede Delegation ein Dekorelement beigetragen hatte. Alle Teilnehmer unterzeichneten eine Deklaration, in der sie ihre Entschlossenheit unterstrichen, sich für die Renaissance einer panpolynesischen Identität einzusetzen und das kulturelle und spirituelle Erbe Polynesiens für zukünftige Generationen zu bewahren. In Anwesenheit des UNESCO-Funktionärs Te Heuheu wurde auch einstimmig um die Einschreibung des Mara'e Taputapu'atea auf die Liste des Weltkulturerbes gebeten. Die Teilnehmer einigten sich, sich in Zukunft alle zwei Jahre in Taputapu'atea zu treffen und zwischendurch eine Arbeitsgruppe zu bilden, um die Beschlüsse der Deklaration zu implementieren. Ende Oktober fand das ers-

te Treffen zur Formierung der Arbeitsgruppe auf Rarotonga (Cook-Inseln) statt, weitere Treffen auf verschiedenen Inselterritorien des Pazifiks sind für das nächste Jahr geplant. (Artikel von Lorenz Gonschor, *Hawai'i. Quellen: Eigene Teilnahme an der Veranstaltung, Les Nouvelles de Tahiti, La Dépêche de Tahiti, Tahitiipresse*)

Botschaft eröffnet

Frz.-Polynesien: Die Volksrepublik China hat ihre erste Botschaft in Pape'ete, der Hauptstadt von Französisch-Polynesien, Mitte September eröffnet. Zum Generalkonsul und ständigen Vertreters China wurde Zhang Dongyue ernannt. Er bezeichnete „Freundschaft, Verständnis und Zusammenarbeit“ als die drei Säulen seiner neuen Tätigkeit im Pazifik.

Die Eröffnung der Botschaft nahmen die französische Hochkommissarin, Frau Anne Boquet, sowie der in Frankreich tätige chinesische Botschafter Zhao Jinjun vor.

Französisch-Polynesien und China haben vielfältige Kontakte. So lebt in dem französischen Überseegebiet eine große Zahl chinesischer Auswanderer. Aus der Region werden die weltweit bekannten „schwarzen Perlen“ nach China exportiert. Im Februar dieses Jahres erhielt die Region „Tahiti und seine Inseln“ von der chinesischen Tourismusbehörde den Status „approved destination“, was zukünftig zur verstärkten Einreise chinesischer Touristen führen wird. Angedacht ist deshalb auch ein „Memorandum of Understanding“ zwischen China und dem französischen Mutterland, in dem vereinfachte Einreisebedingungen wie die Visumvergabe etc. vereinbart werden sollen. (Oceania Flash 12.09.07, <http://www.presidence.pf/>)

HAWAI'I

Kontroverse um neue Autofähre

Im August blockierten Umweltschützer und hawaiische Unabhängigkeitsaktivisten den Hafen der Insel Kaua'i, um die Landung einer von der Hauptinsel O'ahu kommenden, als „Superferry“ bezeichneten, neu in Betrieb genommenen Autofähre zu verhindern. Die 300 Millionen Dollar teure Fähre mit einer Kapazität von 866 Passagieren und 282 Fahrzeugen, seit mehreren Jahren in Planung, war als schnelles Transportmittel zwischen den Inseln O'ahu, Kaua'i und Maui konzipiert und sollte im Sommer dieses Jahres in Betrieb genommen werden. Hawai'i ist das einzige pazifische Inselgebiet, in dem es bisher keinerlei Passagierschiffsverkehr zwischen den Inseln gibt. Reisende, die bisher auf Flugzeug und Mietwagen angewiesen sind, erhoffen sich daher von der Autofähre eine Vereinfachung und Verbilligung ihrer Reisen von einer Insel zur anderen. Kritiker der Fähre befürchten dagegen die Verbreitung von nach O'ahu eingeschleppten, aber auf den äußeren Inseln noch nicht vorhandenen fremden Tier- und Pflanzenarten, sowie die vermehrte Übersiedlung amerikanischer Siedler aus dem überbevölkerten O'ahu auf die äußeren Inseln, und damit die Zunahme der Verstädterung und Zerstörung des ländlichen Lebens der Einheimischen auf letzteren. Zusätzlich wird der Fährverkehr selbst als erhöhte Umweltbelastung für die Küstengewässer kritisiert und die Hafenanlagen auf Kaua'i und Maui als für das große Fährschiff ungeeignet beurteilt. Es wird außerdem befürchtet, die Fähre könne in der Zukunft vom US-Militär dazu verwendet werden, Schützenpanzer von O'ahus Militärbasen auf die äußeren Inseln zu verlegen, um mögliche politische Unruhen niederzuschlagen und die Bevölkerung einzuschüchtern. In-

folge der Proteste stoppte ein Distriktgericht auf Maui vorläufig den Fährverkehr, nachdem der oberste Gerichtshof der US-Staatsregierung von Hawai'i geurteilt hatte, dass die Genehmigung der Fähre durch Gouverneurin Linda Lingle übereilt geschehen war, ohne zuvor eine gesetzmäßig vorgeschriebene Umweltbelastungsstudie durchzuführen. Mehrere der Protestler auf Kaua'i wurden verhaftet, da sie sich als Polizisten eines selbsternannten „Königreichs Atooi“ ausgegeben hatten. Das Staatsparlament beschloss dann Anfang November, den Fährverkehr nach Maui ab Dezember für die Dauer der Umweltbelastungsstudie provisorisch zu genehmigen, was erneut Proteste hervorrief. (Artikel von Lorenz Gonschor, Hawai'i. Quellen: Honolulu Advertiser, Honolulu Star-Bulletin, The Garden Island)

Größere Nene-Bestände

Der Bestand der hawai'ianischen Gans „Nene“ (lat. *Branta sandvicensis*) hat sich erholt und ist damit nicht mehr akut vom Aussterben bedroht. Die Nene ist endemisch auf den Inseln Maui, Kaua'i und Hawai'i, sie gilt unter Biologen als die am meisten vom Aussterben bedrohte Gänseart weltweit.

Als der britische Kapitän James Cook 1778 nach Hawai'i kam, lebten über 25.000 Nenes auf den Inseln. In den 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts gab es dann nur noch 30 Exemplare des 1957 zum „Staatsvogel von Hawai'i“ erhobenen Tieres, das wie eine Mischung aus Ente und Gans aussieht. Heute gibt es rund 1.500 Nenes in freier Wildbahn. Jährlich werden die in Amerika, im Reservat Slimbridge (England) und auf der Insel Maui gezüchteten Tiere auf den hawai'ianischen Inseln ausgewildert.

Vor drei Jahren rief die hawai'ianische Regierung den 26. September zum alljährlichen „Nene-Gedenktag“ aus. Mit zahl-

reichen Aktionen, Vorträgen und Infoständen wird an diesem Tag auf die Bedeutung der Gans hingewiesen.

(<http://www.thewildones.org/Animals/nene.html>, Maui News 16.09.07, <http://www.aloha-hawaii.com/hawaii/nene/>)

AOTEAROA/NZ.

Umstrukturierung des Kabinetts

Neuseeland: Premierministerin Helen Clark gab Ende Oktober Umstrukturierungen in ihrem 20 Personen umfassenden Kabinetts bekannt. Einige Minister verloren ihr Amt, so Mark Burton, der vom Justizminister zum einfachen Delegierten degradiert wurde. Sportminister Trevor Mallard gab sein Ministerium ab und bekam das Umwelt- und Arbeitsministerium übertragen. Finanzminister Dr. Michael Cullen (zugleich Vize-Premier) erhielt als neues Portefeuille das Ministerium für die Nachverhandlungen zum „Treaty of Waitangi“. Drei Parlamentarier wurden mit neuen ministeriellen Verantwortlichkeiten betraut: Steve Chadwick bekam das Frauenressort, Maryan Street das Ministerium für Wohnungswesen und Shane Jones wurde Minister für Bauwirtschaft.

Neuseeland ist eine parlamentarische Monarchie im „Commonwealth of Nations“. Staatsoberhaupt ist die britische Königin Elizabeth II., sie wird vertreten durch den Generalgouverneur Anand Satyanand. Regierungschefin ist seit 1999 Helen Clark von der Labour Party. Das Einkammer-Parlament besteht aus 120 Abgeordneten, die alle drei Jahre gewählt werden. Die nächsten Wahlen finden in 2008 statt.

Helen Clark begründete die Umstrukturierung mit der Vorbereitung des Wahlkampfes. Die Parteienlandschaft in Neuseeland wird dominiert von Clarks Labour Party und der National Party unter John Key.

Sechs weitere Parteien sind zudem im Repräsentantenhaus vertreten, darunter auch die 2004 gegründete Maori Party, die sich speziell für die Interessen der neuseeländischen Ureinwohner einsetzt. (Flash d'Océanie 31.10.07, <http://www.dpmc.govt.nz/cabinet/ministers/ministerial-list.html>)

Tokelau-Referendum knapp gescheitert

Tokelau: Am 20. Oktober 2007 begann in der samoanischen Hauptstadt Apia das Referendum über den zukünftigen politischen Status Tokelaus. Die Abstimmung begann nicht in Tokelau selbst, um auch den zahlreichen in Samoa lebenden Tokelauern eine Wahlmöglichkeit anzubieten. Zwischen dem 22. und 24. Oktober 2007 folgte dann der Urnengang auf den drei tokelauischen Atollen Atafu, Nukunonu und Fakaofu. Die Tokelauer sollten entscheiden, ob sie weiterhin eine neuseeländische Kolonie bleiben möchten, oder mehr Selbstständigkeit in Form einer Freien Assoziation mit Neuseeland wünschen.

Das Ergebnis war, wie schon bei der letzten Abstimmung Anfang 2006, denkbar knapp. 446 (64,4 %) der 692 registrierten Wähler stimmten für eine Freie Assoziation, der Rest (35,6 %) für die Beibehaltung des Kolonialstatus. Die für einen Wechsel notwendige 2/3-Mehrheit war damit nicht erreicht.

Schon seit Langem wird Tokelau von der UN und vom Mutterland Neuseeland zu mehr Selbstständigkeit gedrängt, doch die Tokelauer befürchten bei einer etwaigen Unabhängigkeit den Verlust der finanziellen Unterstützung von Neuseeland. Würden die Zuwendungen komplett wegfallen, könnte Tokelau in seiner heutigen Form nicht überleben. Außerdem zweifeln viele Tokelauer an den Führungsqualitäten ihrer Politiker. Doch allen Bedenken zum Trotz traten im

Jahr 2004 diverse bedeutende Änderungen im politischen Leben Tokelaus in Kraft.

Zahlreiche Zuständigkeiten im Bereich des öffentlichen Dienstes wurden von der neuseeländischen Verwaltung hin zu den traditionellen Ältestenräten (Taupulega) auf den Atollen übertragen. Man wollte den Tokelauern auf diese Weise mehr Eigenverantwortung zukommen lassen.

Bereits im Jahr 2006 fand ein Referendum statt, bei dem die Tokelauer eine Freie Assoziation mit Neuseeland ablehnten. Damals fehlten nur 41 Stimmen zur Unabhängigkeit. Über ein weiteres Referendum ist derzeit nichts bekannt. (Artikel von Martin Mühlbauer, <http://www.tokelau-info.de>)

INDONESIEN WESTPAPUA TIMOR LORO SAE

Postkartenaktion „Menschenrechte für Westpapua“

Dieser Ausgabe der „pazifik aktuell“ liegt eine Postkarte mit der Bitte um Unterschrift und Versand an die indonesische Regierung bei. Die Postkartenaktion wird vom West-Papua-Netzwerk durchgeführt. Das West-Papua-Netzwerk ist ein Forum von Organisationen, die sich für Menschenrechte und wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der Papuas sowie für die Bewahrung der Umwelt in Westpapua einsetzen. Das Pazifik-Netzwerk ist über die Pazifik-Infostelle im Beirat des West-Papua-Netzwerkes vertreten und unterstützt die Ziele des in Wuppertal ansässigen Netzwerkes mit allen Kräften. Das West-Papua-Netzwerk liefert hier Hintergrundinformationen zur Situation in der indonesischen Provinz:

Westpapua ist der westliche Teil der Insel Neuguinea. Politisch gehört dieser Teil seit 1963 zu Indonesien. Nach dem Ende der niederländischen Kolonialherrschaft wünschten die Papuas, die Ureinwohner des Landes, mehrheitlich einen unabhängigen Staat. Die UNO wie auch Indonesien hatten der Bevölkerung für 1969 ein Referendum versprochen, in dem sie sich entscheiden sollte: Für einen unabhängigen Staat oder für den Verbleib bei Indonesien. Doch das Referendum wurde manipuliert. Die Wahlmänner wurden gezwungen, für den Verbleib bei Indonesien zu stimmen.

Indonesien lässt die Bodenschätze Kupfer, Gold, Silber, Erdöl, Erdgas und Holz ausbeuten und erzielt hohe Gewinne für die Staatskasse. Doch für die Entwicklung der Bevölkerung auf den Gebieten von Bildung, Gesundheit und Wirtschaft geschieht wenig oder nichts. Die Umsiedlungs- und Zuwanderungspolitik hat zur Folge, dass die Papuas schon fast zu einer Minderheit im eigenen Land geworden sind.

Diese Situation führte zu Protesten, Demonstrationen und Widerstand der Papuas gegen die Politik der indonesischen Regierung. Die Regierung beantwortete die Proteste nicht mit dem Bemühen um Verständigung, sondern mit der Entsendung von Militärs und Geheimdienstlern. Bis heute gibt es immer wieder Zusammenstöße von Bevölkerung und Sicherheitskräften. Diese Politik, die Konflikte nur gewaltsam lösen will, führt dazu, dass viele Papuas noch entschiedener die Unabhängigkeit von Indonesien anstreben.

Menschenrechtsorganisationen schätzen, dass seit der Annexion Westpapas durch Indonesien 1963 etwa 100.000 Menschen als Folge militärischer Operationen der indonesischen Armee ums Leben gekommen sind. Tausende wurden gefoltert, viele starben an den Folgen oder

trugen bleibende Schäden davon.

In den Jahren 2001, 2003, 2004 und 2005 gab es groß angelegte Militäroperationen mit vielen Opfern in verschiedenen Teilen Westpapas, vor allem im entlegenen Hochland. Auch heute noch gibt es immer wieder Berichte über Folter und Mord, begangen durch Angehörige der Sicherheitskräfte.

Die Postkarte zeigt das Bild eines Studenten, dessen Rücken mit einem zersplitterten Bambusrohr geschlagen wurde. Am 7. Dezember 2000 wurden nach einem Überfall auf eine Polizeistation durch Unbekannte vier Studentenheime von Polizeikräften verwüstet, die Insassen – insgesamt mehr als 100 Personen – verhaftet und gefoltert. Einer wurde bei der Festnahme erschossen, drei wurden zu Tode gefoltert. Obwohl die Nationale Menschenrechtskommission den Fall untersuchte, schwere Menschenrechtsverletzungen feststellte und 14 Verantwortliche benannte, wurden nur zwei Polizeioffiziere vor Gericht gestellt. Sie wurden im September 2005 freigesprochen.

Die Postkartenaktion soll dem Präsidenten Indonesiens und seiner Regierung bewusst machen, dass Menschen in aller Welt die Menschenrechtssituation in Westpapua beobachten. Wir fordern, dass Indonesien die Standards einhält, zu denen es sich selbst durch internationale Verträge verpflichtet hat. (Weitere Informationen und Bestellung von Postkarten beim West Papua-Netzwerk, Koordinationsstelle, Rudolfstr. 13742285 Wuppertal, Tel 0049 202 89004 170, Fax 0049 202 89004 179, Email west-papua-netz@vemission.org, <http://www.westpapuanetz.de>)

Rückkehr der Flüchtlinge

Der Generalsekretär der "Independent Group supporting the Special Autonomy Region of Papua with the Republic of Indonesia" (IGSSARPRI), Sawi Si-

tapai, hat die Rückkehr von 600 westpapuanischen Flüchtlingen aus Papua-Neuguinea in die indonesische Provinz Papua in Aussicht gestellt. Die im Flüchtlingscamp „Nine Mile Settlement“ (PNG) lebenden Westpapas hätten angekündigt, sie wollten ihr Land bei der Umsetzung des Autonomiegesetzes 21/2001 unterstützen. Dafür setzt sich auch die bei Westpapua-Experten umstrittene, da Indonesien-unkritische, Nichtregierungsorganisation IGSSARPRI ein. Man wolle von Papua-Neuguinea aus die Umsetzung des Autonomiegesetzes überwachen und das „*papuanische Volk auf ihrem Weg zu Fortschritt und Entwicklung*“ begleiten, so Sitapai. Der Vorsitzende von IGSSARPRI, Franz Albert Joku, betonte zwar das Recht auf die Selbstbestimmtheit der Papuas, mahnte aber zugleich, sich im Rahmen der indonesischen Gesetzgebung zu bewegen und sich dieser Autorität zu beugen. Papuas würden in Papua selber gebraucht, um an der konkreten Umsetzung des Autonomiegesetzes mitzuarbeiten. (*Kabar Irian News online, The National 19.10.07*)

Ausbeutung der Bodenschätze

Im Herbst des Jahres 2006 erließ der indonesische Präsident Susilo Bambang Yudhoyono eine Verordnung zur Beschleunigung der Entwicklung von Papua (Instruksi Presiden No. 5/2006). Diese Instruktion, die helfen soll, die wirtschaftliche und soziale Lage der Papua zu verbessern, wird nun von Unternehmen benutzt, um an die natürlichen Bodenschätze der indonesischen Provinz zu gelangen. Dabei werden wie schon seit Jahrzehnten die traditionellen Landrechte der Bevölkerung mit Füßen getreten. Korrupte Bürgermeister und Landräte geben dabei Hilfestellung, wie der folgende Bericht zeigt, der dem West-Papua-Netzwerk aus Nabire zugeht:

„Die Instruktion des Präsidenten zur Beschleunigung der Entwicklung in Papua gibt den Landräten und Bürgermeistern in Papua eine neue Handhabe, so genannte Aufbauprojekte nach dem Willen der Zentralregierung durchzuführen, ohne dass die betroffenen Menschen einbezogen werden. Der Landrat von Nabire, A. P. Youw, hat mit dem Gouverneur zusammen China besucht, und nun steht ein chinesisches Unternehmen vor der Tür und will im Distrikt Siriwo – etwa 150 km von Nabire entfernt – eine Goldmine eröffnen. Die traditionellen Landbesitzer sind überhaupt nicht gefragt worden, und den Landrat interessiert das auch nicht, er gibt dem Unternehmen die Erlaubnis. Das Unternehmen wird unterstützt von einem pensionierten indonesischen Militär im Range eines Brigadegenerals der Landstreitkräfte, der ebenfalls in Nabire erschien, um sich die zukünftige Goldmine anzusehen. Dieser General soll zum Beraterstab des Präsidenten gehören, der den Auftrag hat, ihm über die Durchführung des Inpres 5/2006 zu berichten. Die betroffene Bevölkerung hat schon beim Landrat Protest eingelegt, doch der zeigt sich arrogant und autoritär und will mit Gewalt durchsetzen, dass die Mine eröffnet wird. Er verstößt dabei nicht nur gegen die Rechte der Bevölkerung, sondern auch gegen die Bestimmungen des Autonomiegesetzes.“ (<http://www.west-papua-netz.de/>)

AUSTRALIEN

Howard aus dem Amt gewählt

Nicht völlig überraschend hat die Labour Party bei den nationalen Wahlen am 24. November klar gegen die Liberal Party gewonnen. Elf Jahre nach Amtsantritt verlor John Howard damit seinen Posten als Premierminister. Die Wahlschlappe seiner Partei

nahm er zum Anlass, anzukündigen, er werde sich ganz aus der Politik zurückziehen und „in Rente“ gehen.

13.645.073 Wahlberechtigte der rund 20 Millionen Einwohner hatten ihre Stimme abgegeben. Howards Liberal Party kam dabei nur auf 46,81 Prozent der Stimmen, die konkurrierende Australian Labour Party erhielt dafür sensationelle 53,19 %. Im Vergleich zu den letzten Wahlen verlor die Liberal Party 25 Wahlkreise (von 74 gewonnenen Wahlkreisen in 2004 sank die Quote auf jetzt 49), die Labour Party konnte sich von 60 gewonnenen Wahlkreisen in 2004 auf jetzt 82 gewonnene Bezirke steigern. Die Grünen kamen auf 7,57 %, einem Plus von 0,38 % im Vergleich zu 2004. Die viert stärkste Partei wurde „The Nationals“ mit 5,44 % (minus 0,45 %). Es folgen die Parteien „Family First“ (1,97 %), „Democrats“ (0,69 %) und „One Nation“ (0,25 %). 2,23 % aller Wähler stimmten für unabhängige Kandidaten. Die niedrigen Prozentzahlen der anderen Parteien machen überdeutlich die Bedeutung der beiden „Großen“ Liberal und Labour in der Parteienlandschaft Australiens klar.

Schon während des Wahlkampfes hatte sich eine Niederlage des 68-jährigen Howard angekündigt. John Howard (Liberal Party) war seit 1996 Premierminister Australiens. Er regierte in einer Koalition mit der kleineren Nationalen Partei. Bei den letzten Wahlen im Jahr 2004 gewann diese Regierungskoalition zusätzlich die Mehrheit im Senat. Alle Bundesstaaten und Territorien wurden jedoch von der Labour-Partei regiert.

Trotz der in der Bevölkerung heftig umstrittenen Beteiligung am Irak-Krieg gewann Howard im Oktober 2004 zum vierten Mal die Wahlen gegen die damals von Mark Latham geführte Labour Party, was einen politischen Rekord darstellte. Wahlentscheidend wirkte sich das anhaltende Wirtschaftswachs-

tum aus. Australiens Liberale sind gesellschaftspolitisch konservativ eingestellt; wirtschaftspolitisch setzen sie auf Liberalisierung und Privatisierung.

International kritisiert wurde Howard vor allem wegen seiner so genannten „Pacific Solution“, sowie seiner engen Anlehnung an die USA, mit deren Präsidenten George W. Bush Howard auch persönlich gut befreundet ist.

Die am stärksten im Parlament vertretene Partei stellt nun für die nächsten drei Jahre die Regierung, der Vorsitzende dieser Partei wird Premierminister. Damit ist der 50-jährige Labor-Vorsitzende Kevin Rudd der (noch nicht vereidigte) neue Premier in down under. Bereits am Wahlabend hatte Howard gemeinsam mit seiner Ehefrau und zweien seiner drei Kinder Rudd zum überragenden Wahlsieg gratuliert und ihm alles Gute gewünscht. Howard sagte weiter, dass er den Liberal-Parteivorsitz an den bisherigen Finanzminister Peter Costello übergeben werde.

Der gelernte Diplomat Rudd gab bekannt, er wolle Australien in eine „neue Zukunft“ führen. Dazu werde er sich brennenden Themen widmen, wie etwa dem Klimawandel. Er wolle auf jeden Fall den Weltklimagipfel Anfang Dezember in Bali besuchen, erklärte der neue Premier. Jetzt sei „*Action und nochmals Action*“ gefragt, so Rudd in einem Interview mit der BBC. Rudd hatte bereits in den Wochen vor der Wahl bekannt gegeben, er werde im Falle eines Wahlsieges sofort das Kyoto-Protokoll unterzeichnen und die 500 Mann starke australische Truppe aus dem Irak abziehen. Damit hatte er bei den Wählern gepunktet.

Info: Australien ist eine parlamentarische Monarchie auf demokratisch-parlamentarischer Grundlage. Der Staat ist föderal organisiert, die einzelnen Bundesstaaten besitzen jeweils ei-

gene Parlamente mit weitgehenden Kompetenzen zur Gesetzgebung. Gemäß der Verfassung von Australien setzt sich das Zweikammer-System des Parlaments aus dem Repräsentantenhaus, dem Senat als Oberhaus und Königin Elisabeth II. als Staatsoberhaupt zusammen. Die Königin wird durch einen Generalgouverneur vertreten. Die 150 Abgeordneten des Repräsentantenhauses werden alle drei Jahre in Wahlkreisen nach dem Mehrheitswahlrecht gewählt. Die Abgeordnetensitze werden der Bevölkerungszahl entsprechend auf die Bundesstaaten und Territorien verteilt. Im Senat ist jeder Staat mit zwölf Senatoren vertreten, die beiden Territorien mit jeweils zwei. Die Senatoren werden jeweils für sechs Jahre gewählt, alle drei Jahre finden Wahlen für die Hälfte der Sitze des Senats statt. Für alle Wahlen auf Bundes- und Bundesstaatsebene besteht eine Wahlpflicht.

(Anmerkung der Redaktion: Stand der Wahlergebnisse ist hier der 27. November, bis dato sind erst knapp 80 % aller Stimmen ausgezählt) (<http://vtr.aec.gov.au/>, *Flash d'Océanie* 24.11.07, 26.11.07, *BBC News online* 24.-28.11.07)

Wegweisendes Urteil für „gestohlene Kinder“

Das Oberste Gericht des australischen Bundesstaates „South Australia“ in Adelaide hat einem als Kind von seiner Familie getrennten Aborigine eine Entschädigung bewilligt. Es verurteilte die Regionalregierung zu einer Zahlung von umgerechnet 328.000 € an den 50-jährigen Bruce Trevorrow, der im Alter von 13 Monaten seinen Eltern weggenommen worden war und in einer ‚weißen‘ Pflegefamilie aufwuchs. Ohne Wissen seiner leiblichen Eltern lebte Trevorrow zehn Jahre lang in der Pflegefamilie, seine biologische Mutter erfuhr trotz mehrfacher Anfragen bei den Behörden nichts von seinem Schicksal. Trevorrow war nun vor Gericht gezogen mit

der Begründung, die Trennung von seiner leiblichen Familie habe zu einem Identitätsverlust geführt, dies wiederum zu Depressionen und Alkoholmissbrauch.

Trevorrow ist kein Einzelfall, er gehört zu den Kindern der so genannten „stolen generation“ (gestohlene Generationen). Dieser Begriff bezeichnet eine Generation von Kindern der australischen Ureinwohner (Aborigines), die von der australischen Regierung aus ihren Familien entfernt wurden. Die Zwangsentfernung der meist halbblütigen Kinder (Engl. half-caste bzw. half-blooded children) geschah etwa von 1900 bis (offiziell) 1969. Die Kinder und Jugendlichen wurden in Erziehungslager geschickt, wo sie zu Weißen erzogen werden sollten. Sie wurden dort auf ihre späteren Zwangsaufgaben vorbereitet, die sie als Haushaltshilfe oder in anderen Dienstleistungsberufen zu verrichten hatten.

Nach Veröffentlichung eines Untersuchungsberichtes mit dem Titel „*Bringing Them Home*“ vor zehn Jahren erlangten die „Stolen Generation“ weltweite Aufmerksamkeit. Die Untersuchung war zu dem Schluss gekommen, dass zahlreiche betroffene Kinder auf lange Sicht psychische Schäden davontrugen. Ein Gedenktag für diese Kinder, der „National Sorry Day“ (26. Mai), wurde 1998 eingeführt. Die Studie hatte die australischen Behörden zu einer Entschuldigung und zu finanziellen Entschädigungen aufgefordert. Doch lediglich der Bundesstaat Tasmanien richtete einen Entschädigungsfonds ein. Die Zentralregierung unter Premier John Howard weist die Forderungen bis heute zurück. Man müsse sich nicht für die Politik früherer Zeiten entschuldigen, so Howard.

Die Regionalregierung in Adelaide hat das Urteil des Obersten Gerichtes akzeptiert und wird nicht in Berufung gehen. Das bahnbrechende Gerichtsurteil wurde von der Chefin der Orga-

nisation für Aussöhnung zwar anerkannt, jedoch forderte sie zugleich, dass es anstelle kostspieliger Prozesse vor Gericht lieber Entschädigungszahlungen für die Opfer geben sollte.

(Süddeutsche Zeitung 03.08.07, <http://www.ministers.sa.gov.au/>)

Flüchtlinge dürften Nauru verlassen

Der australische Minister für Einwanderung, Kevin Andrews, hat Mitte September 72 der insgesamt 89 im Flüchtlingscamp Nauru inhaftierten Menschen den Status des „Flüchtlings“ zuerkannt. Bei den 72 Personen handelt es sich um Staatsbürger Sri Lankas, die im Februar des Jahres versucht hatten, an der Ostküste Australiens illegal anzulanden und deren Schiff aufgebracht worden war. Andrews erklärte, die Sri Lankesen dürften zwar jetzt Nauru verlassen, doch hätte sich noch kein Drittland gefunden, dass zur Aufnahme der Menschen bereit sei. Minister Andrews lehnte die Einwanderung der Sri Lankesen nach Australien kategorisch ab, betonte jedoch zugleich, dass ein Verbleib auf der isoliert gelegenen Insel im Pazifik auch keine gute Lösung sei. Über das Schicksal von zehn weiteren Sri Lankesen, die sich ebenfalls an Bord des Flüchtlingssschiffes befanden, wurde nicht verhandelt.

Ende 2001 war das Camp auf der mikronesischen Phosphatinsel Nauru im Rahmen der „pazifischen Lösung“ erbaut worden. Ebenso wie das zurzeit geschlossene Camp auf der Insel Manus (Papua-Neuguinea) dienen die Lager außerhalb des australischen Territoriums der Aufnahme von Menschen, die – illegal oder legal – nach Australien einreisen wollen und über deren Status die australische Einwanderungsbehörde noch nicht entschieden hat. Die Regierungen von Nauru und von Manus hatten im Gegenzug zur Aufnahme der Menschen Zahlungen in Millionenhöhe von der

australischen Regierung erhalten. Die Hilfs- und Entwicklungsorganisation Oxfam und die Flüchtlingshilfsorganisation „A Just Australia“ gehen davon aus, dass die australische Regierung für die „pazifische Lösung“ mehr als 600 Millionen Euro ausgegeben hat.

Auf Nauru befinden sich noch 89 Flüchtlinge, darunter 82 Sri Lankesen und 7 Birmesen. In den knapp sechs Jahren seit Bestehen des Camps waren überwiegend Menschen aus dem nahen und mittleren Osten auf Nauru einquartiert, vor allem aus dem Irak und aus Afghanistan. Einige Menschen mussten über fünf Jahre in dem Camp ausharren, bevor über ihren weiteren Verbleib entschieden war.

In den vergangenen Wochen hatten sowohl die Regierung von Nauru als auch die Flüchtlinge selber auf die katastrophalen hygienischen Bedingungen sowie den Mangel an Nahrung und Beschäftigung hingewiesen. Einige der Inhaftierten waren in den Hungerstreik getreten oder hatten sich massiv selbst verletzt, um auf ihr Schicksal aufmerksam zu machen. Das Lager auf Nauru war Ende 2001 von der „Internationalen Organisation für Migration“ (IOM) errichtet worden und steht unter Aufsicht des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen.

(Flash d'Océanie 12.09., 13.09.07, <http://www.ajustaustralia.com/>)

Andrew Hughes in die UNO berufen

Der australische Polizist Andrew Hughes ist am 9. August 2007 vom Generalsekretär der Vereinten Nationen (UN), Ban-Ki Moon, zum polizeilichen Berater der UN berufen worden. Er hält damit das höchste polizeiliche Amt bei der Abteilung für Friedenssicherung („UN Police Peackeeping“) inne.

Von 2003 bis 2006 war Hughes Polizeikommissar (Commis-

sioner of Police) in Fidschi. Nach Drohungen gegen seine Frau und seine vier Kinder musste die Familie Fidschi bereits vor Ablauf des Vertrages verlassen. Hughes war der erste Ausländer an der Spitze der fidschianischen Polizei. An sich schreibt die Verfassung des Staates die Besetzung dieses Postens mit einem Einheimischen vor, doch erhoffte man sich von einem quasi neutralen auswärtigen Polizeichef eine objektivere Aufarbeitung der Ereignisse rund um den Putsch von 2000. Hughes machte sich in den drei Jahren seiner Tätigkeit viele Feinde, vor allem unter hochrangigen Politikern, da er nicht davor zurückschreckte, auch bekannte Personen des öffentlichen Lebens zu dem Putsch und ihrer Rolle darin zu befragen. Sein zunächst gutes Verhältnis zum Militärkommandanten Frank Bainimarama verschlechterte sich soweit, dass Bainimarama im November 2006 von seinem Amt zurücktrat.

Im Mai 2007 wurde Hughes von der Australian Federal Police zum obersten Polizeichef (Chief Police Officer) der australischen Hauptstadt Canberra ernannt. Aus dieser Position heraus holte ihn Moon nun für einen Zeitraum von zunächst zwei Jahren zu den Vereinten Nationen.

Der 51-jährige Australier steht seit 30 Jahren im Polizeidienst. Er hatte diverse leitende Funktionen inne, darunter von 2004 bis 2007 die Präsidentschaft des australischen Koordinierungszentrums für den Kampf gegen die internationale Kriminalität sowie von 2005 bis 2007 die Präsidentschaft über die Vereinigung der Polizeichefs aller pazifischen Inseln. Hughes erhielt zudem zahlreiche Auszeichnungen, darunter einen Preis des FBI für „außergewöhnliche Dienste für das öffentliche Interesse“. (Flash d'Océanie 10.08.07, Wikipedia)

Aldi expandiert weiter

Seitdem der deutsche Lebensmitteldiscounter Aldi 2001 auf den australischen Markt kam, boomt das Geschäft. Inzwischen wurde der 150. Laden in Melbourne eröffnet. Der Chef von Aldi-Australien, Michael Kloeters, will auf lange Sicht 500 Läden an der belebten Ostküste sowie 150 weitere Läden im Süden und Westen des Landes eröffnen. Derzeit halten die Deutschen 5 % des Einzelhandelsmarktes auf dem fünften Kontinent. Kloeters sagte, nach einer Marktstudie sei ein vergleichbarer Einkaufskorb voller Waren bei Aldi 44 % billiger als bei der Konkurrenz Coles Group oder Woolworths. Seit 2003 habe man die Preise für die nur rund 900 Produkte (in anderen Lebensmittelläden gibt es etwa 20.000 Produkte) nicht erhöht. Branchenkenner schätzen den Umsatz von Aldi-Australien auf 905 Millionen € jährlich. (Aldi Australia online, FAZ 13.09.07)

„TOK BILONG PASIFIK“

Fotos schockieren Raucher

Neukaledonien: Um vor den Folgen übermäßigen Nikotingenusses zu warnen, hat die in Nouméa ansässige Gesundheitsabteilung des Sekretariats der Pazifischen Gemeinschaft („Health Pacific Lifestyle Section of the SPC“) in einem Feldversuch die Zigarettenschachteln mit schockierenden Fotos bedrucken lassen. Über den (auch auf deutschen Zigarettenschachteln) gedruckten Texten wie „Rauchen schadet der Gesundheit“ oder „Rauchen tötet“ befinden sich nun Farbfotos, etwa von einer durch Teer verklebten Lunge, eines an ein Atemgerät angeschlossenen Patienten im Krankenhausbett, eines von Krebs zerfressenen Mundes oder auch ein Foto eines zu klei-

nen und mit einer Nasensonde künstlich ernährten Neugeborenen. Jeanie McKenzie, die Suchtberaterin der SPC, meint, dass diese Fotos wesentlich mehr Menschen vom Rauchen abhalten können als die bisherigen kurzen Texte, über die man schnell hinweg lesen könne. Das Bild eines kranken Babys ließe sich nicht so einfach verdrängen, so McKenzie. Bilder blieben länger im Gedächtnis haften als Worte.

Rauchen stellt eine der größten gesundheitlichen Gefahren (nicht nur im Pazifik) dar. So gibt die Weltgesundheitsorganisation WHO an, dass allein 43 % aller Fidschianer täglich rauchen. Auf Nauru sind es knapp 50 % der Bevölkerung, auf Tokelau 46,4 %. Die Marshall-Inseln (20,8 %), die Cook-Inseln (33,3 %) und Samoa (34,6 %) haben im Vergleich dazu einen geringeren Tabakkonsum.

Jeanie McKenzie erklärte, die sogenannten „Tobacco Control Advisers“ in den pazifischen Staaten setzten sich für ein Rauchverbot an öffentlichen Plätzen, für den Preisanstieg von Tabak und für die Beibehaltung der drastischen Fotos auf den Schachteln ein. (Islands Business November 2007, <http://www.spc.int/>)

„Te Vaka“ begeistert Biergartenpublikum

Donauwörth: Im Rahmen ihrer Europatournee hat die südpazifische Showband „Te Vaka“ einen zehntägigen Aufenthalt in der bayerisch-schwäbischen „Donauperle“ Donauwörth genossen. Die Band war von den Veranstaltern der Rugby-Weltmeisterschaft als Anheizer nach St. Denis (bei Paris) ins „Stade de France“ eingeladen worden, um bei den Spielen der pazifischen Teams für Stimmung zu sorgen. Nach ihren umjubelten, von 40.000 Menschen besuchten, Konzerten reiste die mehrköpfige Band unter Bandleader Opetai Foa'i in die 18.000

Einwohner zählende Kleinstadt zwischen Ingolstadt und Augsburg. Grund ihres Besuches dort ist die persönliche Freundschaft zu dem Biergartenbesitzer Lorenz Gump, der die Band in Opetaias Heimat Tokelau bei einer Pazifikreise kennen gelernt hatte. Dass die Musiker und Tänzer seiner spontanen Einladung nach Deutschland folgen würden, hätte Gump sich nicht träumen lassen. Doch bereits zum zweiten Mal innerhalb von fünf Jahren gastierten die Künstler nun im bayerischen Bierzelt an der Donau. Wenn ein Ur-Bayer wie Gump auf Pazifikinsulaner trifft, dann gibt es im mit weiß-blauen Fahnen geschmückten beheizten Bierzelt frisches Wildschwein aus dem traditionellen Erdofen Umu, dazu Leberkäsemmeln und Brezeln mit Weißbier. Weder Schnee noch Oktoberkälte konnten die rund 350 Besucher davon abhalten, die Tanzfläche zu stürmen, als sich „Te Vaka“ mit Tänzen und Trommelklängen in Stimmung gebracht hatte. Der „clash of cultures“ hat allen Beteiligten gut gefallen und sogar die Donauwörther Presse hielt sich mit Kommentaren über die barbusigen Mädchen im Bastrock inmitten der bayerischen Gemütlichkeit gekonnt zurück. Schön war's! (Konzertbesuch Julia Ratzmann am 20.10.07)

NZ-Romane online

Neuseeland: Zwischen 1861 und 1899 erlebte die neuseeländische Literatur ihren Höhepunkt. Romane aus oder über Neuseeland erschienen in England, Australien und Neuseeland. Die Themen der Romane waren der damaligen Zeit angepasst: Die Rolle der Frauen, die Auswirkungen der Prohibition, die Beziehungen zwischen Maori und „Weißen“.

Um diese in Vergessenheit geratenen oft emphatischen Texte wieder der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, hat das „New Zealand Electronic Text Centre“

in Kooperation mit der Alexander Turnbull Library und der Victoria Universität in Wellington insgesamt 35 dieser sogenannten „Romane aus Maoriland“ online gestellt. Weitere Romane sollen im Laufe der Zeit folgen. Den Romanen wird jeweils eine kurze Einführung von den Literaturprofessoren Jane Stafford und Mark Williams vorausgestellt.

Zu finden sind die Texte unter <http://www.nzetc.org>.

(Radio Australia 24.11.07,
<http://www.nzetc.org/tm/scholarly/tei-copus-19thcenturynovels.html>)

SPORT

Überragendes Neukaledonien bei SPG

Samoa: Bei den 13. Südpazifischen Spielen (South Pacific Games, SPG) vom 25. August bis zum 8. September 2007 in Samoas Hauptstadt Apia hat die zu Frankreich gehörende melanesische Inselgruppe Neukaledonien (Kanaky) mit 227 Medaillen ihre überragende Stellung in der pazifischen Sportwelt untermauert. Mit 90 Goldmedaillen, 69 Silbermedaillen und 68 bronzenen Titeln lag Neukaledonien im Medaillenspiegel weit vor dem Zweitplatzierten, dem ebenfalls zu Frankreich gehörenden Französisch-Polynesien (118 Medaillen, darunter 44 mal Gold, 42 mal Silber und 32 mal Bronze). Beide Länder hatten mit je 527 (Neukaledonien) und 466 (Frz.-Polynesien) Sportlern auch die zahlenmäßig größten Teams nach Samoa geschickt. Gastgeberland Samoa kam auf den dritten Platz vor Fidschi und Papua-Neuguinea. Auf dem vorletzten Rang landete mit nur einer Silbermedaille die Norfolk-Insel. Die Nördlichen Marianen gingen gänzlich leer aus.

Zu den Südpazifischen Spielen, die als „Olympische Spiele des Pazifiks“ gelten, waren rund 5.000 SportlerInnen aus 22 pazifischen Staaten angereist, um

sich in zahlreichen Wettbewerben zu messen. Dabei standen auch Wettkämpfe in explizit pazifischen Disziplinen an, wie etwa das Wettfahren in Auslegerkanus. Die meisten Wettkämpfe fanden in den von der Volksrepublik China finanzierten neuen Sportstätten in Apia statt.

Über den Pazifik hinaus bekannte Sportler konnten ihre internationale Stellung mit dem Gewinn von Goldmedaillen weiter ausbauen. So gewann die Gewichtsheberin Dika Toua aus Papua-Neuguinea wie erwartet in ihrer Gewichtsklasse Gold. Gleich acht Goldmedaillen und zwei silberne erschwamm sich auch der in Australien lebende neuguineische Schwimmstar Ryan Pini in verschiedenen Schwimmdisziplinen. Für Überraschung sorgte dagegen der aus Tuvalu stammende Logona Esau. Er gewann beim Gewichtheben die erste Medaille für Tuvalu überhaupt bei einem internationalen Wettbewerb. Für seine Silbermedaille wurde der Sportler in seiner Heimat frenetisch bejubelt, die Medien in dem nur rund 11.000 Einwohner zählenden Pazifikstaat überschlugen sich mit seitenlangen Berichten und Fotos ihres neuen Sportstars. Überhaupt waren die SPG ein großes Medienereignis. Der in den französischen Überseegebieten beheimatete Fernsehsender RFO übertrug alle Wettkämpfe live und in voller Länge und lieferte ebenfalls die Fotos und Berichte für die online-Berichterstattung auf zahlreichen Sportseiten im Internet.

Die nächsten Spiele finden im Jahr 2011 in Nouméa (Neukaledonien) statt.

(<http://www.samoa2007.ws/>,
<http://www.tuvaluislands.com>,
d'Océanie 10.09.07)

Flash

Südafrika ist Rugby- Weltmeister

Frankreich: Südafrika heißt der neue Weltmeister im Rugby. Zum zweiten Mal nach 1995 konnte das Team sich den

„Webb Ellis Cup“ holen. Die „Springboks“ siegten beim Finale im „Stade de France“ in St. Denis bei Paris gegen England mit 15:6 Punkten. Für die hoch favorisierten Franzosen platzte der Traum vom Titelgewinn im eigenen Land bereits im Halbfinale. Dort verlor Frankreich in einem dramatischen Spiel gegen den grandios aufspielenden Titelverteidiger England mit Superstar Jonny Wilkinson mit 9:14 Punkten. Von den pazifischen Teams kam nur Neuseeland ins Viertelfinale, Samoa, Tonga und Fidschi schieden bereits in den Vorrunden aus. In der Gruppe A (Samoa, Tonga, USA, Südafrika und England) konnten sich Südafrika und England für die nächste Runde qualifizieren. Tonga gelang mit zwei Niederlagen und zwei Siegen immerhin die Qualifikation für die Weltmeisterschaft 2011. Die mit guten Chancen gestartete Mannschaft „Manu Samoa“ wurde mit drei Niederlagen (darunter ein peinliches 7:59 gegen Südafrika) zum großen Verlierer der WM. In der Gruppe B konnten sich zunächst Australiens „All Blacks“ und die Fidschianer für die nächste Runde qualifizieren. In der Gruppe C siegten Neuseeland und Schottland, in Gruppe D Argentinien und Frankreich. Erst im Viertelfinale mussten sich die letzten drei pazifischen Teams geschlagen geben: Australien verlor gegen England (10:12), Neuseeland gegen Frankreich (18:20) und Fidschi gegen Südafrika (20:37).

Info: Rugby wird mit einem Ball in der Form eines verlängerten Rotationsellipsoids gespielt. Beim Rugby-Union stehen sich auf einem etwa 60m mal 100m großen Rasenplatz zwei Mannschaften mit je 15 Spielern gegenüber, deren Ziel es ist, in einer Spielzeit von zweimal 40 Minuten mehr Punkte zu erzielen als der Gegner. Der Ball darf mit der Hand grundsätzlich nur nach hinten geworfen oder übergeben werden. Treten des Balles ist jedoch in alle Richtungen erlaubt. Nur der Balltragende Spieler darf

angegriffen werden. Es ist erlaubt, diesen durch Umklammern und Festhalten unterhalb der Schulterlinie zu behindern (Tiefhalten) und ihn nach Möglichkeit zu Fall zu bringen. Ein Spieler, welcher mit mehr Körperfläche als den Fußsohlen den Boden berührt, hat den Ball unmittelbar loszulassen bzw. darf nicht nach diesem greifen. Schlagen und Beinstellen ist streng verboten.

Die Rugby-Union-Weltmeisterschaft fand vom 7. September bis zum 20. Oktober in Frankreich statt. 20 Nationalmannschaften traten in insgesamt 48 Spielen gegeneinander an. 86 Länder beteiligten sich an der Qualifikation, die im Jahr 2004 begann. Die acht Viertelfinalisten der Weltmeisterschaft 2003 waren automatisch qualifiziert (England, Australien, Neuseeland, Frankreich, Irland, Schottland, Wales, Südafrika). Portugal nahm das erste Mal an einer Endrunde teil. Für die Austragung der Rugby-Union-Weltmeisterschaft hatte sich neben Frankreich auch England beworben. Erstmals hatten die Organisatoren der WM eine pazifische Band als „Anheizer“ für die wichtigsten Spiele in das Stade de France eingeladen. Die in Neuseeland beheimatete Gruppe „Te Vaka“ unter dem aus Tokelau stammenden Bandleader Opetai Foa'i begeisterte das Publikum mit Trommelklängen, Tanz und Gesang. (<http://www.rugbyworldcup.com/>, [Wikipedia](#))

Harter Trainer-Job

Amerikanisch-Samoa: Der Engländer David Brand will versuchen, die in der Weltrangliste der FIFA an letzter Stelle (Platz 200 neben Osttimor und Belize) stehende Fußballmannschaft von Amerikanisch-Samoa (AS) erfolgreich durch die Qualifikation für die Fußball-Weltmeisterschaft 2010 in Südafrika zu führen.

Die Fußballmannschaft von AS wurde 1984 gegründet und 1998 in den Weltfußballverband FIFA aufgenommen. Mit bisher 28 Niederlagen und einem Sieg gegen Wallis und Futuna in den insgesamt 29 Spielen seit Bestehen der Mannschaft sowie einem Torverhältnis von 12:217 gilt das Team als „Witzfigur“ in der internationalen Fußballszene. Die größte Blamage war bislang am 11. April 2001 in Coffs Harbour das 0:31 gegen Australien, das die Mannschaft in der Qualifikation zum FIFA Weltpokal in Korea/Japan 2002 einstecken musste. Bis dato gilt dieses Ergebnis als die höchste Niederlage in der Geschichte des modernen Fußballs. Der australische Stürmer Archie Thompson sorgte mit 13 Toren in diesem Spiel für den ebenfalls bis heute gültigen FIFA-Torrekord eines einzelnen Spielers pro Spiel.

Die Qualifikationsspiele für die WM 2010 in Südafrika begannen im Rahmen der „South Pacific Games“ in Samoa im August des Jahres. Gleich im ersten Spiel gegen die Salomonen kassierten die US-Samoaner 12 Tore bei nur einem Gegentor. Trainer Brand zeigte sich trotzdem zufrieden, sein Motto lautet „Hauptsache einstellig verlieren“. Nach weiteren Qualifikationsspielen gegen die pazifischen Nachbarstaaten endete die erste Qualifikationsrunde mit einem Torverhältnis von 1:38, also mit 0 Punkten für Amerikanisch-Samoa.

Die Mannschaften aus Neukaledonien, Fidschi und Vanuatu sicherten sich das Weiterkommen in die nächste Runde ebenso wie das Team aus Neuseeland. In der nächsten Runde werden diese Teams gegeneinander in Hin- und Rückspielen antreten.

Der aus Manchester stammende Trainer David Brand spielte als Profi für Wigan Athletic. Er verließ England, um seine Profikarriere in Neuseeland zu beenden und hat bereits vor Übernahme des Trainerjobs in Amerikanisch-

Samoa in Australien und Samoa als Trainer gearbeitet. Er muss seine Spieler unter den rund 60.000 Einwohnern der Insel rekrutieren. Die wenigen, an US-amerikanischen Fußball-Colleges kickenden, Samoaner konnte der stets fröhliche Trainer noch nicht für seine ambitionierte Mannschaft begeistern. Rein rechtlich könnten auch US-Amerikaner in Brands Team spielen, denn Amerikanisch-Samoa ist ein amerikanisches Außengebiet.

„Wir müssen unseren Leuten eben noch immer beibringen, dass Fußball der Nummer Eins Sport der Welt ist und es die größte Ehre ist, an einer Fußball-WM teilzunehmen“, erklärte Brand jüngst in einem Interview auf FIFA.com. Zumindes mit ihrem professionellen Internetauftritt steht die „American Samoa Football Association“ den anderen Mannschaften jedoch nicht nach! (<http://www.oceaniafootball.com/>, <http://www.fifa.com>, <http://www.sportingpulse.com>, <http://www.asfa.as>)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

AUS PAPUA-NEUGUINEA

AUS DER ELC-PNG

Gäste aus der ELC-PNG in Neuendettelsau

Vom 20.-23. November 2007 fand im mittelfränkischen Neuendettelsau die Partnerschaftskonsultation der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche von Bayern (ELKB) statt. Das Centrum Mission EineWelt hieß zahlreiche Gäste aus den 16 Partnerkirchen der ELKB willkommen, darunter auch Bischof Wesley Kigasung und Michael Pumeape aus der ELC-PNG.

Die bayerische Kirche will sich auch künftig als verlässlicher

Partner in der weltweiten kirchlichen Zusammenarbeit einbringen. Dies versprach der bayerische Landesbischof Dr. Johannes Friedrich am Rande der Konsultation der ELKB mit ihren Partnerkirchen aus Afrika, Asien, Lateinamerika und Papua-Neuguinea. Deshalb sollen auch weiterhin Treffen zwischen Kirchenleitungen ebenso wie zwischen Gemeinden unterstützt werden.

Mit Blick auf die Partnerkonsultation sagte Friedrich, es sei notwendig, sich gegenseitig auszutauschen, um zu neuen Einsichten zu kommen und alte Gewohnheiten zu überdenken. Dieser Perspektivwechsel sei eine große Chance der Partnerschaft. Oberkirchenrat Michael Martin zufolge sollen die Partnerschaften auf der Konsultation weiterentwickelt werden. *„Wir können gemeinsam nach Antworten suchen auf die Herausforderungen von Globalisierung und Säkularisierung“*, unterstrich Martin, der als Leiter der Ökumene- und Partnerschaftsarbeit der bayerischen Landeskirche für die Konsultation verantwortlich war. Gleichzeitig warb er für eine gegenseitige „kritische Partnerschaft“, um miteinander auf Augenhöhe zu arbeiten. Alex Malasusa, neuer Leitender Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Tansania, hob die lange afrikanisch-bayerische Zusammenarbeit hervor: *„Die bayerische evangelisch-lutherische Kirche hat nie aufgehört, uns zu unterstützen“*, sagte Malasusa mit Blick auf die Herausforderungen Afrikas wie Armut, Bürgerkrieg, Klimawandel und Aids. Gleichzeitig würdigte er den unermüdlichen Einsatz der ökumenischen Mitarbeiter, denen das Christentum in Afrika zu verdanken sei. Kirchenpräsident Dr. Walter Altmann von der brasilianischen Evangelischen Kirche Lutherischen Bekenntnisses benannte die Globalisierung als eine der größten weltweiten Herausforderungen. Trotz vieler positiver Entwicklungen habe sie auch eine größere Ungerechtig-

keit in der Welt gebracht. *„Es stimmt unglaublich traurig, dass in Zeiten von großem wissenschaftlichen Fortschritt die UN-Millenniums-Ziele zur Halbierung der Armut in der Welt wahrscheinlich nicht erreicht werden“*, sagte Altmann. (Artikel von Annekathrin Jentsch, Pressereferentin MEW, 23.11.07)

AUS DER ÖKUMENE IN PNG

Vereinigte Kirche trauert um Sir Ravu Henao

Die Vereinigte Kirche (United Church) in Papua-Neuguinea trauert um Pfarrer Dr. Sir Ravu Henao. Der Bischof, einer der Gründer der Vereinigten Kirche in Papua-Neuguinea, verstarb am 16. Oktober im Alter von 80 Jahren in Port Moresby. Sir Ravu war Geschäftsführer der Bibelgesellschaft von Papua-Neuguinea von 1980 bis 1988. Für seine Verdienste um Kirche und Gesellschaft wurde Sir Ravu von Königin Elizabeth II. zum Ritter geschlagen. (National 23.10.2007)

Katholischer Priester zieht Klage zurück

Der katholische Priester Mathias Olape, Verlierer gegen John Kekeno in den Wahlen von Koroba Kopiago, Southern Highlands, zog eine Klage gegen Kekeno nach einer Anhörung vor Gericht zurück. Olape vermutete, dass es seitens der Wahlkommission zu Unregelmäßigkeiten gekommen war. Angeblich hätte man ihn, Olape, als wahren Gewinner der Wahlen verleugnet. Kekeno zeigte sich erleichtert und betonte, er wolle sich nunmehr den Problemen der Menschen von Koroba Kopiago widmen. Der Grund für Olapes Rückzug wurde nicht bekannt. (National 26.10.2007)

Treffen des kirchlichen Partnerschaftsprogramms

Mitte September haben insgesamt fünfzig Vertreter der Lutherischen Kirche, der Katholischen Kirche, der Anglikanischen Kirche, der Baptisten, der Vereinigten Kirche, der Heilsarmee und der Siebenten-Tags-Adventisten an einem Treffen des kirchlichen Partnerschaftsprogramms in Lae teilgenommen. Im Mittelpunkt der Gespräche standen der Erfahrungsaustausch, das Lernen voneinander sowie die Suche nach Möglichkeiten der Zusammenarbeit.

Das kirchliche Partnerschaftsprogramm ist ein gemeinsames Projekt von australischen Nichtregierungsorganisationen und ihren Partnerkirchen in Papua-Neuguinea sowie der australischen Entwicklungshilfeorganisation AusAID. Mit dem Partnerschaftsprogramm soll die Rolle der Kirchen im politischen Dialog verbessert werden, um eine verantwortungsbewusste Regierungsführung zu fördern. (Wantok Nr. 1730)

Kirchen fördern Erwachsenenbildung

Die Kirchen in Papua-Neuguinea haben eine Vorreiterrolle bei der Förderung der Erwachsenenbildung in ländlichen Gegenden inne. Aktuelles Beispiel ist die Tupiri Christian Church aus Mendi, Southern Highlands. Die Kirche bietet Lese- und Schreibkurse in Tok Pisin und Englisch für die Dorfbevölkerung an. Die Teilnehmer erhielten für den erfolgreichen Abschluss der Kurse Zertifikate. Zukünftig sei die Anschaffung von weiterem Lehrmaterial geplant, so Pfarrer Simon En von der Tupiri Christian Church. (Gavamani Sivari Nr. 6/2007)

Südkoreanische Kirche investiert in Bildung

Die Hanbatjeil Presbyterianische Kirche von Südkorea investiert in eine Schule nahe Goroka. Pfarrer Lee Young Hoan eröffnete am 14. November ein Klassenzimmer in der Kami Bethel Primary School. Die Kirche trägt die laufenden Kosten, darunter auch die Löhne der Lehrer, seit der Eröffnung der Grundschule und strebt zukünftig die Erweiterung der Institution als weiterführende Schule an. (*National* 16.11.2007)

AUS ANDEREN LÄNDERN

US-SAMOA

Tagung der Pazifischen Kirchenkonferenz

Vom 2. bis 8. September fand in der Hauptstadt von Amerikanisch-Samoa, Pago Pago, die neunte Versammlung der Pazifischen Konferenz der Kirchen statt („Pacific Conference of Churches“, PCC). Über 200 Delegierte aus 25 Kirchen sowie sieben nationale Kirchenräte nahmen an der Veranstaltung unter dem Motto „Atua [Gott, Anm. d. Red.], gib uns die Macht, erlösende Gemeinden zu sein“ teil. Etwa 30 junge Delegierte trafen sich bereits vom 31. August bis zum 1. September zu einer Vorversammlung. Der Generalsekretär des Ökumenischen Rats der Kirchen, Pfarrer Dr. Samuel Kobia, unterstrich die herausragende Rolle der pazifischen Kirchen in einem Grußwort als „Zeichen der Hoffnung inmitten neuer Herausforderungen“ Zum neuen Generalsekretär der PCC wurde Fei Tevi gewählt. Tevi leitete bisher das Pacific Desk des Weltkirchenrates in Suva/Fidschi. Er vertrat die Interessen des Pazifiks im Koordinierungskomitee des „European Pacific Solidarity Network“, dessen europäische Mitglieder sich einmal jährlich unter der Ägide des im Mai 2007 auf-

gelösten „European Centre on Pacific Issues“ (ECSIEP) trafen. Tevi ist verheiratet und hat vier Kinder, die Familie lebt in Suva. (*Ökumenischer Rat der Kirchen* 31.08.2007, www.wcc-coe.org 27.11.2007)

Pazifische Kirchen bekunden Solidarität mit Westpapua

Im Rahmen der neunten Versammlung der Pazifischen Konferenz der Kirchen Mitte September in Pago Pago, Amerikanisch-Samoa, wurde eine gemeinsame Erklärung zur Situation in Westpapua verabschiedet. Darin werden die Menschenrechtsverletzungen und die Ablehnung der Selbstbestimmung für die indigenen Völker Westpapas seitens der indonesischen Regierung missbilligt. Im Speziellen werden die Ausbeutung und Zerstörung der natürlichen Ressourcen durch die indonesische Verwaltung und ausländische Investoren sowie das Fehlen grundlegender Rechte (z.B. Recht auf freie Meinungsäußerung) für die Papua verurteilt. Die internationale Gemeinde und der Ökumenische Rat der Kirchen sollen von der Pazifischen Konferenz der Kirchen aufgefordert werden, sich künftig mit der bedrückenden Lage Westpapas auseinander zu setzen. (*Pacific Magazine* 11.09.2007)

FIDSCHI

Kritik am Erzbischof

Eine der drei bedeutendsten Häuptlinge von Fidschi, Frau Teimumu Kepa, übte jüngst Kritik an Erzbischof Petero Mataka aufgrund dessen Engagements als Co-Vorsitzender der fidschianischen Volksversammlung neben Frank Bainimarama. Die Volksversammlung ist ein vom Militärregime Fidschis vorgesehener Ersatz für das aufgelöste Parlament. Teimumu Kepa zufolge hätte der Erzbischof als Oberhaupt der fidschianischen Katholiken eine neutrale Position

gegenüber der Interimsregierung einnehmen sollen. Kepa versicherte, ihre Äußerungen gründen nicht auf der Tatsache, dass sie Mitglied der 2006 gestürzten Regierung war. Der Erzbischof entgegnete, er habe sich nach gründlichen Überlegungen dazu entschlossen, diesen Weg zu gehen. Er sei keiner politischen Partei beigetreten und wolle in der Volksversammlung für ein besseres Fidschi eintreten. Die insgesamt vier Putsche in den vergangenen zwanzig Jahren hätten anstatt einer Verbesserung nur noch mehr Leid, Armut und Zersplitterung unter die Bevölkerung gebracht. Daher sei es an der Zeit, Fidschi zu einem Ort der Sicherheit, der Gerechtigkeit, der Wahrheit, des Vertrauens, des Wohlergehens und der Freude zu machen. Aus diesem Grund habe er sich entschlossen, aktiv an der Verbesserung der Lage seiner Nation teilzuhaben. (*Fijilive* 25.10.2007, *Flash d'Océanie* 29.10.2007)

Anmerkung der Redaktion: Die kirchlichen Nachrichten in dieser Ausgabe wurden zusammengestellt von Martin Mühlbauer, derzeitiger Praktikant in der Pazifik-Informationsstelle. Vielen Dank!

Impressum:

Kein Pressedienst

Nachrichtensamstellung und Redaktion: Julia Ratzmann

Kirchliche Nachrichten:
Pfr. Thomas Paulsteiner

"pazifik aktuell" erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik auf das Konto 10 11 111, BLZ 760 605 61 bei der ACREDOBANK eG in Nürnberg

Quellen:

- epd • Jakarta Post • National • National Geographic • Oceania Flash /Flash d'Océanie • Pacific Beat • Pacific Islands Report (PIR) • Pacific Magazine • Pacific News Bulletin (PNB) • Pacific Nius • Post Courier • Radio Australia • Radio New Zealand International (RNZI) • New Zealand • Sydney Morning Herald (SMH) • Tahitipresse • taz • The Lutheran • Wantok •

Herausgeber:

Pazifik
INFORMATIONSTELLE



Mission EineWelt

Ordnung für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Ökumenischen Kirchen in Bayern

Hauptstraße 2 • 91564 Neudettelsau
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120